



wie sie im veränderten Oesterreich-Ungarn bereits Tatsache geworden sei. Reichstagsabgeordneter Marquard unterließ die Forderung einer gründlichen Durchbildung auch der zum Handel übergehenden Offiziere, damit auch diese in dem neuen Beruf keine Enttäuschung erleben.

Wenn alle noch übrigbleibenden Berufe ebenso energisch in der Abwehr gegen die Kriegsbeschädigten, die ihren alten Beruf nicht mehr ausüben vermögen, handeln würden, dann blieben den armen, belagerten, wunden Kriegsbeschädigten keine allzu große Hoffnung, sich durch die Ergründung eines anderen Berufs vor der Armenverpflegung zu retten. Denn darüber können doch wohl Zweifel nicht bestehen, daß die Berufe der sogenannten ungetriebenen Arbeiter letzten Endes diejenigen sein werden, in denen alles, was nach dem Kriege nicht sofort Untertunft finden kann, wem auch nur vorübergehend, unterzukommen sucht. O, heiliger Florian . . . . .

Die beiden letzten Themen: „Die Mitarbeit der Frau in der Kriegsbeschädigtenfürsorge“, Referent Frau v. Billing, und: „Die Fürsorge für die Familien der Kriegsbeschädigten“, Referent Pastor Kleßling-Samburg, sind an anderen Stellen auch bereits mehrfach behandelt, so daß sich eine Wiederholung wohl erübrigt, zumal die Thesen allgemeiner Natur und bekannt sind.

Ein Referat des Herrn Landesrat Dr. Horton-Düsseldorf über: „Die Erfahrungen, die in der Praxis mit den Prothesen gemacht worden sind“, gehalten in einer Sonderbesprechung — ist noch besonders zu erwähnen. In der Rheinprovinz sind nämlich — zunächst alle Amputierten — über die Zweckmäßigkeit und Verwendbarkeit der verpassten Prothesen befragt. Diese Befragung hat ein ganz überraschendes und auch sehr lehrreiches Resultat ergeben. Befragt wurden 356 Amputierte, davon hatten nur 46 die Prothese in Gebrauch und 310 oder 87 Proz. hatten sie unbenutzt abgelegt. Die Nichtbenutzung ist natürlich aus verschiedenen Ursachen zurückzuführen. In 70 Fällen war der Armstumpf für die Prothese nicht verwendbar; in 191 Fällen (61,3 Proz.) war die Prothese undurchsichtbar oder die Bandage untauglich; in 47 Fällen war die Prothese für die Berufstätigkeit überflüssig und nur in zwei Fällen fehlte der gute Wille.

Mit Prothesen ausgerüstet wurden 86 Verwundete, die früher und jetzt Handarbeiter sind; von diesen konnten 74 oder 86 Proz. die Prothese nicht benutzen. Geleitet wurden 107 Arbeitsarme, 44 Schwerhörige mit Arbeitsanlauf und 205 reine Schwerhörige. Von den 107 Arbeitsarmen wurden 82 oder 76,6 Proz., von den 44 Schwerhörigen mit Arbeitsanlauf wurden 40 oder 91 Proz. und von den 205 Schwerhörigen wurden 188 oder 91,7 Proz. nicht benutzt. Von den Verwundeten waren 65 Unterarm-, 245 Oberarm-Amputierte und 46 Extremitäten (Amputation ohne Stumpf). Von den 65 Unterarm-Prothesen wurden 54 oder 83 Proz., von den 245 Oberarm-Prothesen 210 oder 85,7 Proz. und von den 46 Extremitäten-Prothesen wurden 46 oder 100 Proz. nicht benutzt.

Die Nichtbenutzung ist nach der Zusammenstellung nicht nur bei allen Arten der Prothesen, sondern auch bei allen Arten der Amputationen ziemlich gleich und außerordentlich groß. Das hohe Lied von dem völligen Ersatz der verlorenen Gliedmaßen durch Prothesen muß, vorausgesetzt, daß die Untersuchungen bei den Verwundeten und Hand-Prothesen dasselbe Resultat ergeben, ziemlich herabgestimmt werden. Hinzuergibt sich noch, daß alle Befragten sich mindestens einen vollen Monat im Besitze der Prothese befanden, als die Umfrage veranfaßt wurde. Der Vortragende fügte dann auch eingangs seiner Rede: „Wenn wir die Zweckmäßigkeit und Gebrauchsfähigkeit der Prothesen und die Verwendungsart derselben beurteilen wollen, dann dürfen wir die Kriegsbeschädigten nicht betrachten, wie wir sie uns vorstellen, sondern wie sie sind.“ Man muß sich nach dem Wort und der Gebrauchsfähigkeit der Prothese erkundigen, wenn der Verwundete sie monatlang in Besitz hatte, nicht wenn derselbe durch das Verpassen einer Prothese die Möglichkeit erlangen kann, aus dem Lazarett entlassen zu werden, denn dann wird er zu sehr von dem Wunsche befeuert, in andere Verhältnisse zu kommen.

Alles in allem wird ja wohl der Kongreß einen nicht zu unterschätzenden Erfolg haben, wenigstens insofern, daß die Öffentlichkeit auf die Ziele und Bestrebungen des Reichsausschusses aufmerksam gemacht und zur Unterstützung angeregt wurde. Auch die Regierung wird nicht umhin können, der privaten, sogenannten Fürsorge mehr als bisher auf die Finger zu sehen und — zu klopfen, damit den vielen zweifelhaften Elementen, die die Kriegsbeschädigtenfürsorge als Deckmantel für ihr schändliches Treiben benutzen, das Handwerk gelegt wird. Ob auch die Arbeitgeber die an sie gerichteten Ermahnungen beherzigen werden, dürfen wir nach den gemachten Erfahrungen bezweifeln, wenn die Gewerkschaften nicht den genügenden Druck ausüben vermögen.

**Tagung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln a. Rh.**

Sondertagung der Gewerkschaftsgruppen.

Köln, 23. August.

Gen. Legien eröffnet die Versammlung und begrüßt die anwesenden Gäste, insbesondere den Herrn Oberbürgermeister Geib als Vertreter des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, den Herrn Geheimrat Dr. Pannwitz als Leiter der Zentrale für soziale Fürsorge beim General-Gouvernement in Belgien und Herrn Dr. P. Hirschfeld (Berlin). An der

Versammlung sind beteiligt die Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der christlichen Gewerkschaften, der Deutschen Gewerksvereine und der Polnischen Berufsvereinigungen, sowie eine Reihe von Anzeilenvereinigungen. Das Bureau der Konferenz wird gebildet von den Herren Legien (Generalkommission der Gewerkschaften), Giesbertz (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften), Hartmann (Verband der Deutschen Gewerksvereine) und Gwisdel (Polnische Berufsvereinigungen). Das einleitende Referat über die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge erstattet Herr Geib (Berlin). Er weist darauf hin, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge auf freier Organisation, unter Zusammenfassung der verschiedensten, auf diesem Gebiete tätigen gemeinnützigen Organisationen, aufgebaut sei. Eine Zentralisation dieser Bestrebungen, die auch der Reichstag forderte, wurde durch die Einsetzung eines Reichsausschusses geschaffen und die Organisation der Provinz Brandenburg den übrigen Reichsteilen als Muster empfohlen. Dabei wurde den Provinzial-, Kreis- und Ortsausschüssen nahegelegt, auch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter paritätisch an der Fürsorgetätigkeit zu beteiligen. Aber dieser gute Rat wurde schon in der Provinz Brandenburg nur sehr unvollkommen befolgt und ebenso zeigte sich anderwärts eine Abneigung gegen die Schaffung paritätischer Organisationen, wie eine Erhebung der Generalkommission bei den ihr angehörenden Gewerkschaftskartellen bestätigte. Wo aber Arbeitervertreter hinzugezogen wurden, werden sie häufig nicht an den Arbeiten beteiligt, so daß diese Zuziehung bloß eine Dekoration geblieben ist. Die Abneigung gegen die Gewerkschaften, die vor dem Kriege bestand, herrscht auch heute noch in weiten Kreisen. Die Reichsbehörden erkennen die Gewerkschaften an, aber sie haben keinen Einfluß auf die unteren Organe; es fehlt ihnen die anordnende Gewalt; sie können nur Ratschläge erteilen, die besonders beim alten preussischen Landrat auf taube Ohren stoßen. Der Vorsitzende des Reichsausschusses kennt die Schwierigkeit, die der paritätischen Organisation in den preussischen Kreisen gemacht werden, wie aus einem verlesenen Rundschreiben ersichtlich ist, in dem die Zuziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber zwar empfohlen, aber von der Art des Aufbaues der Organisation abhängig gemacht wird. Wie manche Provinzialbehörden die Gewerkschaftsgruppen behandeln, beweist ein Ersuchen der Zentralvertretungen derselben an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg am 27. Oktober 1915, um eine Rücksprache in Sachen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, auf welche dieselben monatlang keine Antwort erhielten, dann um Ausschub erlangt wurden und bis heute noch keine Erledigung des Gesuchs erreichen konnten. (Lebhaftes Hört, hört!) Anzeilen solcher Vorgänge sei es mit der Geduld der Arbeiterorganisationen und den Erwartungen auf die freie Organisation zu Ende und eine reichsgesetzliche Regelung der Organisation nicht länger aufzuschieben. Die Organisation müsse vielmehr durch das ganze Reich durchgeführt sein schon während des Krieges, weil sie nach dessen Abschluß ihre härteste Probe zu bestehen habe. Eine Umfrage der Generalkommission in 296 Orten ergab, daß in 147 Orten Fürsorgeausschüsse bestehen. Am besten sei die Organisation in Sachen (Seimadant). 113 Berufsberater seien 931 Vertreter, als Vertreter 445 Vertreter der Gewerkschaften tätig. Bedenkt man, daß allein 200 Berufsberater auf Berlin entfallen und zieht man die Zahlen einiger Großstädte ab, dann bleibt für das übrige Reich wenig übrig. In Ansehung habe man die Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern abgelehnt mit der Begründung, daß politische und konfessionelle Gesichtspunkte nicht in Betracht kommen dürften. Auf weitere Vorstellungen wurde erwidert, daß man den Kreis der Mitwirkenden nicht unnötig vergrößern wolle. Die Hauptsache sei, daß den Kriegsbeschädigten rasch geholfen werde. Es handelt sich aber um eine dauernde Aufgabe, für die eine dauernde Organisation geschaffen werden müsse. Schließliche erklärte man, daß man auf das Ersuchen vielschaltig einmal zurückkommen werde, wenn sich eine Notwendigkeit dafür ergebe. Die Arbeitszuteilung sei in manchen Orten höchst primitiv, ohne Rücksicht auf den Zustand der Kriegsbeschädigten, so daß sie deren Vertrauen nicht erwerben könne. Bei der jetzt erfreulich fortschreitenden Zentralisation der Arbeitsnachweise sei darauf zu achten, daß nicht besondere Kriegsbeschädigten-Arbeitsnachweise geschaffen oder Vakanzlisten nach Art der vom Verband der märkischen Arbeitsnachweise herausgegebenen verbreitet werden, in denen Stellen zu niedrigen Löhnen ausgeschrieben werden.

Die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge sei reichsgesetzlich zu regeln, weil die ministeriellen Anweisungen nicht ausreichen, eine befriedigende Organisation zu schaffen. Das Reich habe die Pflicht, die notwendigen Garantien und Mittel für die Opfer des Krieges zur Verfügung zu stellen.

Als zweiter Referent erörtert Herr Streiter (Berlin) einige Spezialfragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Das Mannschäftsverordnungs-Gesetz enthalte bedeutende Mängel, auf die bereits der Sonderausschuß des Reichsausschusses hingewiesen habe. Die Militärrente für einen völlig erwerbsunfähigen Mann betrage nur 720 M. pro Jahr, ein Betrag, mit dem besonders in einer größeren Stadt nicht auszukommen sei. Hier müsse eine Reform nach sozialen Gesichtspunkten eintreten. Vor der Armenpflege müßten die Kriegsbeschädigten unter allen Umständen bewahrt werden. Den Gemeinden könne man auch nicht dauernd größere Fonds zur Verfügung stellen. Auch für die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und Kriegskranken müsse etwas geschehen, da man sie nicht der Armenpflege überlassen dürfe. Die Arbeitsbeschaffung müsse in enger Verbindung mit den Arbeitsnachweisen stehen und da, wo Arbeitsgemeinschaften beständen, möglichst diesen übertragen werden. Den privaten Wohlfahrtsvereinen, die, oft von zweifelhaften Ele-

menten geleitet, sich mit Arbeitsvermittlung befassen, müsse man energisch auf den Leib rücken. Man möge sich an die zuständigen Gewerkschaften wenden, wo paritätische Einrichtungen nicht bestehen.

Der Vorsitzende unterbreitet der Versammlung folgende Entschließung der Zentrale sämtlicher Gewerkschaftsgruppen, die der morgigen Kongreßtagung vorgelegt werden soll:

Die Entschließung lautet:

Die Arbeiter und Angestellten Deutschlands sind an der Fürsorge für die Kriegsverletzten und kriegs-erkrankten Kriegsteilnehmer aufs lebhafteste interessiert und haben sich seitdem an den Einrichtungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, vor allem an den Arbeiten des Reichsausschusses intensiv beteiligt. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die besonders nach Schluß des Krieges von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung sein wird, bedarf zur erfolgreichsten Wirksamkeit in allererster Linie des Vertrauens der von der Fürsorge selbst betroffenen Personen. Dieses Vertrauen kann nur erworben werden, wenn ihnen die Leistungen der Fürsorge durch eine reichsgesetzlich geregelte Organisation gewährleistet werden. Da die Kriegsbeschädigtenfürsorge dieser Grundlage bisher entbehrt, fordern die in Köln anlässlich der Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge (23. bis 25. August 1916) versammelten Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands deren reichsgesetzliche Regelung.

Die Voraussetzung einer solchen wirksamen Organisation ist, daß neben den Vertretern anderer Berufskreise auch die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen überall als vollberechtigt hinzuzuziehen sind zur Mitwirkung nicht nur bei allgemeinen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sondern vor allem in den wichtigen Sondergebieten der Berufsbereitstellung und Arbeitsbeschaffung in den Bezirks- und örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen.

Von ihren im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeitenden Vertretern erwarten die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß sie auch weiterhin unablässig bemüht sind, eine gesetzliche Neuregelung der Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und der Versorgung der Hinterbliebenen nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands erachten es ferner als dringend notwendig, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Tätigkeit auch auf die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und im Kriege Erkrankten ausdehnt.

Bezüglich der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten fordern die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß die örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in enger Verbindung mit den nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen stehen, die die Unterbringung von Kriegsbeschädigten mit als ihre Aufgabe übernommen haben. In den Orten, in denen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten besonders gebildete paritätische Arbeitsgemeinschaften oder Tarifinstanzen (Schlichtungskommissionen) bestehen, die vortrefflich in der Arbeitsvermittlung und Lohnfestsetzung mitwirken, aber auch dann eingreifen, wenn Arbeitgeber bestimmte dem Kriegsbeschädigten gebene Verpfändungen nicht halten, ist die Arbeitsbeschaffung zunächst diesen Einrichtungen zu übertragen.

Die weitere Schaffung von Arbeitsgemeinschaften als wirksame Unterstützung der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist überall und für alle Berufe zu erstreben.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands betrachten es als eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit, daß alle organisierten Arbeiter und Angestellten den Kriegsbeschädigten im Arbeitsverhältnis die weitgehendste Unterstützung gewähren und ihnen in treuer Kameradschaft jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Herr Oberbürgermeister Geib dankt der Konferenz für ihre Teilnahme an der Kriegsbeschädigtenfürsorge und nimmt für den von ihm vertretenen Reichsausschuß in Anspruch, daß er bereitwillig mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zusammenarbeitet habe. Ihre Leistungen seien im Einvernehmen mit den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter gesamt. In der Praxis sei es leider noch anders, weil der Reichsausschuß nur eine beratende und beratende Stelle sei und keine Direktiven geben könne. Neben verteidigt den Vorsitzenden des Reichsausschusses gegen den Vorwurf des Herrn Geib, als ob er nur ein Scheingeseft für die paritätische Vertretung wäre, und gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Reichsausschuß stets Hand in Hand mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter wirken werde.

Herr Rüdnert (Berlin) bestätigt aus seiner Erfahrung, daß die Herren Landräte sich wenig um die Empfehlungen des Reichsausschusses kümmern, so daß es der reichsgesetzlichen Regelung der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge bedürfe. Auch müßten die Arbeitsgemeinschaften der Unternehmer und Arbeiterorganisationen als weiteres Glied in die Fürsorge eingebaut werden. Neben erörtert die Mängel der selbstigen Fürsorge, besonders in Berlin.

Herr Ziegler (Siegen) erklärt sein Einverständnis mit der vorgelegten Entschließung und legt dar, daß die Arbeitervertreter bei den unteren Instanzen in Siegen die gleichen tüchtigen Erfahrungen gemacht haben. Eine gesetzliche Regelung sei notwendig, besonders im Interesse der Kriegsbeschädigten nach dem Kriege.

An der weiteren Debatte beteiligten sich die Herren Dieck (M. Gladbach), Sauer (Karlsruhe) und Siebel (Berlin), die im Sinne der vorgelegten Entschließung sprechen.

Die Entschließung wird von der Konferenz einstimmig angenommen und Herr Giesbertz beauftragt, dieselbe der morgigen Tagung des Kongresses zur Verfügung zu bringen. Ferner wird beschlo-



„Die Konferenz beauftragt die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen, gemeinsam die weiteren, den Interessen der Kriegsbeteiligten dienenden Maßnahmen zu treffen, und zwar:

1. bei dem Herrn Reichskanzler dahin vorstellig zu werden, daß die Kriegsbeteiligtenfürsorge bessere organisatorische Grundlagen erhält;
2. an den Reichstag und Bundesrat eine in gleichem Sinne gefaßte Eingabe zu richten;
3. eine Zusammenstellung der Orte bzw. Kreise zu machen, an denen eine Fürsorgeorganisation vorhanden ist;
4. Vereinbarungen über die Vertretung der Gewerkschaften und Angestelltenvereinigungen in diesen Organisationen zu treffen.“

Nach dieser Erledigung der Fragen der Kriegsbeteiligtenfürsorge beschließt die Konferenz einstimmig folgende gemeinsame Erklärung der vertretenen Gewerkschaften und Angestelltenverbände gegenüber den Selben Organisationen:

„Angeichts der stets erneuten Bestrebungen, die sogenannten gelben Organisationen (Arbeitervereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.), die von Seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklärt die am 23. August in Köln gemeinsam tagende Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden (G.-D.) und der Polnischen Berufsvereinigungen sowie des Deutschen Wertmessenverbandes, daß sie die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennen und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Kundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnen.“

Mit dem Wunsche, daß die hier geschaffene Arbeitsgemeinschaft die Unterstützung in allen Kreisen der vertretenen Organisationen finden möge, schließt der Vorsitzende die Konferenz.

### Wirtschaftliche Rundschau.

I.

Trotz der Höchstpreispolitik sind die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel nicht nur sehr hoch, sondern sie zeigen auch noch eine dauernd steigende Tendenz! Der Nahrungsmittelindex, berechnet nach der dreifachen Nation des Marinefeldmarschalls, stellte sich im Durchschnitt der Preisnotierungen in circa 200 deutschen Städten im Dezember 1915 auf 39,33 M. pro Woche, stieg im Januar 1916 auf 41,26 und im Februar auf 43,40 M. Im März ist der wöchentliche Kostenaufwand für die Ernährung einer vierköpfigen Familie auf 48,40 M. in die Höhe gegangen. Vor allem war es die Bewegung der Preise für Milch und Hammelfleisch, welche diese enorme Steigerung bewirkte. Auch im April ist der Nahrungsmittelindex noch merklich von 48,40 auf 51,95 M. gestiegen. Der Monat Mai brachte eine kleine Besserung: die Indexziffer stand auf 52,23 M. Auch im Monat Juni 1916 hat die Reichsindexziffer für den Nahrungsmittelverbrauch eine verhältnismäßig geringe Erhöhung erfahren. Auf der Grundlage der dreifachen Nation des deutschen Marinefeldmarschalls berechneten sich die Kosten der Ernährung einer vierköpfigen Familie im Mittel von circa 200 Häusern des Deutschen Reiches auf 52,61 M. pro Woche gegen 52,23 M. im Monat Mai des laufenden Jahres. Die Zunahme im Juni beträgt demnach 0,38 M. Im Mai hatte sich eine Steigerung von 0,28 M. ergeben, während im April die Reichsindexziffer um 3,55 M. hinaufgegangen war und die Monate März und Februar 1916 Erhöhungen um 5 bzw. 2,14 M. gebracht hatten. Die Bewegung der Reichsindexziffer im ersten Halbjahr 1916 geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
41,26	43,40	48,40	51,95	52,23	52,61

Damit ist, nach Calmer, nicht gesagt, daß die Ernährung unter diesen Zahlen nicht zu bestreiten gewesen wäre, sondern es ist nur zum Ausdruck gebracht, daß das Dreifache der Wobertation des Marinefeldmarschalls nach den heutigen Preisen bei spielsweise im Juni 52,61 M. gekostet haben würde. Aber darüber könne kein Zweifel bestehen, daß die durchschnittliche Nahrungsmittelration von heute sehr viel knapper und einfacher sei als vor Ausbruch des Krieges. Wenn trotzdem die Kosten des Nahrungsmittelverbrauches auf Grund einer reichlichen und ausgiebigen Friedensration weiter berechnet würden, so geschähe dies nur, um die Preisbewegung zu kontrollieren und um eine fortlaufende Vergleichbarkeit der Kosten für eine bestimmte Nahrungsmittelration zu ermöglichen. Vor falschen Anwendungen dieser wissenschaftlich notwendigen Maßstäbe müsse dabei gewarnt werden. Insbesondere gelangt auch Calmer zu dem Schlusse, daß sich die Kosten der Ernährung im Kriege allmählich verdoppelt haben!

Ueber die Lebensmittelpreise des Kleinhandels berichtet das Berliner Statistische Amt beispielsweise für Mitte Mai 1916! Befragt wurden wieder die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung und der Beamtenvereinsverein Berlin. Da die Reihe der nicht gefüllten Waren bei diesen Konsumgenossenschaften sich wieder vergrößert, so sind die Auskünfte allerdings noch lückenhafter geworden wie früher. Trotzdem geben sie ein anschauliches Bild der Verteuerung der Lebenshaltung.)

Um Mitte Mai kostete in Pennig (wo nicht anders angegeben), das Pfund:

	1914	1915	1916
Kartoffeln:			
Speisekartoffeln (10 Pfd.)	30	75	65
Wurst, Fleischwaren, Fische:			
Rindfleisch	112	120	280
Feine Leberwurst	120	160	250
Landleberwurst	110	160	240
Berliner Mettwurst	120	140	240
Heringe (1 Stück)	7/8	9	28
Fettwaren und Öl:			
Faselschmalz	136-144	188	280
Margarine	80-90	100-110	200
Speiseöl	100	140	260
Mühlensabfabrikate:			
Graupen	22	60	49
Kälberzähne	18	50	43
Hafermehl	32-58	40-58	80
Weggenmehl	14	24	22
Weizenmehl 00	18	26	24
Weizen Grieß	25	40	45
Kornen (2 Pfd.-Dose):			
Brot- u. Schnittbrot	33	40	52-58
Rohrbrat	32	32	50
Schnittmilde Karotten	32	40	42
Spirat	50	50	60
Stangenspargel	140-160	140-160	140-180
Gemischtes Gemüse	55-75	60-80	95
Kakao, Kaffee, Zucker, Salz:			
Kakao	120	260	550
Schokoladenpulver	100	140	320
R. G.-Kaffeeinjektion	-	-	168
Malzlake	25	40	55
Zucker (Weiß)	21	24	30
Salz	11	12	12

Für die allermeisten Waren steht im Mai 1916 der Preis noch über dem vom Mai 1915, wo bereits neun Monate des Krieges hinter uns lagen und ihre Wirkung getan hatten. Gegenüber dem Mai 1914 ergibt sich für Mai 1916 bei sämtlichen hier aufgeführten Waren eine Preissteigerung, bei den meisten eine sehr bedeutende, bei manchen eine Steigerung auf mehr als das Doppelte, ja auf mehr als das Dreifache. Den „Reform“ der Preissteigerung sehen wir bei Kakao, der jetzt sogar über viermal soviel wie vor zwei Jahren kostet.

Gleichen Schritt mit der zunehmenden Verteuerung hält die wachsende Knappheit der Lebensmittel, die allerdings sehr oft künstlich herbeigeführt wird, und zwar gewöhnlich immer dann, sobald für bestimmte Nahrungsmittel Höchstpreise festgesetzt worden sind, ohne daß gleichzeitig die Beschlagnahme vorgehen ist, was durchaus notwendig wäre. Erinnert sei hier nur an die sogenannten „Fleischhinterziehungen“ in Berlin und anderen Orten, die seinerzeit im ganzen deutschen Reich helle Entrüstung und Empörung erregten. Um was für Vorräte es sich im einzelnen hierbei handelte, kann man annähernd aus nachfolgendem ersehen: Bei dem Fleischermeister S. in Berlin, in dessen Vordräume innerhalb 14 Tagen zweimal hintereinander eingebrochen wurde — wobei die Diebe zwölf Zentner Wurst und Schinken und sechs Zentner Pölsfleisch erbeuteten — fand auf eine Anzeige hin eine Durchsuchung statt. Das Ergebnis war überraschend. Im Keller und auf dem Dachboden wurden große Vorräte von Pölsfleisch, Schinken, Speck, Wurst, verschleierte Käser, Schmalz und Rinderralg gefunden. Sämtliche Waren — es handelt sich um viele Zentner — wurden sofort nach dem Laden gebracht und unter Aufsicht der Polizei verkauft. Dabei stellte sich heraus, daß der Teil zum großen Teil bereits verborben war, so daß ihn die Hausfrauen zurückbrachten. Die Vorräte, die die Polizei fand, waren so groß, daß sie in den drei zur Verfügung stehenden Stunden nicht ganz verkauft werden konnten. Der Rest kam erst am nächsten Tage unter polizeilicher Aufsicht zum Verkauf.

Auch darüber war sich wohl niemand im Zweifel, daß an der eben berührten Lebensmittelknappheit vielfach eine ungerechte Verteilung der Lebensmittel die Schuld trug. So schrieb die „Berliner Volkszeitung“ in ihrer Nr. 219 unter dem 29. April 1916 u. a.: „Die schweren Lasten, die der Krieg uns auferlegt, müssen hingenommen werden. Aber nur dann wird es möglich sein, ein Zusammenbrechen unter dem gewaltigen Druck zu verhindern, wenn die Last gleichmäßig auf alle Schichten der Bevölkerung verteilt wird. Von diesem Zustande sind wir aber noch unendlich weit entfernt, wenn es im Deutschen Reich Segenden gibt, in denen man weiter lebt, als gäbe es keinen Krieg auf sieben oder acht Fronten, in denen fastige Braten die sonn- und festtägliche Tafel zieren, ohne daß man mährchenhafte Preise dafür verlangt und bezahlt bekommt. Solche Segenden gibt es aber noch im Reich, und zwar nicht wenige. Haben ist beispielsweise ein solches Land. Zur Erhaltung dieses Zustandes sperrt man die Ausfuhr nach Segenden, die unter der Not leiden. Eine zweite reichsegene Segend des deutschen Vaterlandes ist unser Nachbarland Mecklenburg. Wer einige Tage durch die im Frühling glanz prangenden Lande gewandert ist und mit offenen Augen Handel und Wandel beobachtet hat, dem scheint ein banales Stammen durch das Gemüt, wenn er die breite Wegelängst sieht, mit der man dort jetzt noch lebt. Verwundert fragt man sich, wie es möglich ist, daß zwei Stunden Bahnfahrt nach Norden so himmelweit verschiedene Bilder vom täglichen Leben des Volkes offenbaren können, ohne daß die Reichsbehörden den festen Entschluß fassen, diesen Zustand der Ungerechtigkeit zu ändern.“

Es ist auch darauf schon vielfach hingewiesen worden, daß auf diesem Gebiete besonders auffallend der Unterschied zwischen Stadt und Land ist. Schwarz auf weiß bezeugt wird dies

u. a. in nachstehendem Originalbrief, den ein biederer Landmann an seinen im Felde stehenden Sohn gerichtet hat:

„....., den 1ten April 1916.

Lieber Hugo!

Ich habe Deine Karte erhalten, und habe daraus ersehen, daß Du jeden Tag und Nacht in Gefahr bist. Wenn Gott will so kommst Du doch wieder zu uns nach Hause. Ich muß Dir gleich deine Frage beantworten, welche Du an Deine Mutter oder Brüder gestellt hast. Nämlich, daß es in Deutschland so schlecht wäre mit Lebensmitteln. Denn Du glaubst vielleicht wir müßten hungere, das ist der Fall nicht. Wir haben sehr viel und noch alles genuch, das kann sein was es will. Die Städter schreiben viel aber nicht nach Kartoffeln sondern auch Butter Eier oder Speck. Dieselben wollen nur gute Speisen und sehr wenig Geld. Butter kostet das Pfund 1 M., 60 Pfg. Eier das Duzent 2 M. Speck 2 M., 20 Pfg., das ist nicht so wie du schreiben, die meisten wollen das von den Bauerleuten holen für wenig Geld. Denn dieselben fassen Sie hätten keinen Verdienst, dieselben hatten schon viel Verdienst und haben uns doch nicht mehr für unsere Sachen bezahlt. So geschäfte brauchst Du nicht anzuhören denn das ist lauter Schwindel. Arbeiten wollen sie aber noch nicht. Also Hugo ich sage Dir wir haben von Alles genuch. Wir sind noch alle gesund und Winter welches wir auch von Dir hoffen. Wir sind jetzt im voller Arbeit mit der Saat, aber das geht bei uns hauch für hauch, gutes Frühweiz, gesunde Leute, keinen Zollbreit lassen wir fruchtigen. Mache Du Dir über Hugo keine Gedanken denn das geht alles gut, bei uns. Wir haben von Alles genuch, wir können Dir jetzt noch gerade so gut wie das vorige Jahr Patete schiken. Schreibe mir mehr was Du haben willst das selbe sollst Du sofort haben es mach sein was es will. Ich habe Dir ein Paket mit Butter und Zucker abgeschickt das selbe mußt Du doch halt erhalten. Jetzt will ich mein schreiben schließen mit der Hoffnung auf das Wiedersehen.

Gruß August S. .... u. Familie.

Du brauchst diesen Brief keinen Städter vorzulegen damit Du keinen Haß bekommst.“

Noch ein anderer Mißstand, der mit den geschilberten im engsten Zusammenhang steht, warnt vorlegt größere und peinigende Dimensionen an: das Wort von den Läden und Marktallien, die sogenannten „Butter- und ähnlichen Kolonnen!“ Die „Berl. Volksz.“ bemerkt hierzu mit bitterer, aber leider allzu begründeter Ironie:

„Es ist berechtigt davon zu sprechen, daß der einen wahren Witzgang“ um muß, der Nahrungsmittel einzulassen will, und die Berliner Hausfrauen sind gezwungen, eine tägliche „Prozession um das tägliche Brot“ zu machen, wenn sie für die Familie das Notwendigste heranschaffen wollen. Ist das nötig? Kann es nicht vermieden werden, daß die Frauen mehrere Stunden lang in Wind und Wetter vor den Läden stehen müssen, um ihr Viertelpfundchen Butter, ihr Stückchen Fleisch zu erhalten, oft auch nicht zu erhalten? Mit der Butter fing es an, und der Berliner, der sich gern darin gefällt, des Lebens Unverstand mit Humor und Witz zu ertragen, prägte für die Witzgänger um die Butter (und die Günst der Butterdamen) das treffende Wort „Butterpolonaise“. Nach und nach nimmt die Sache aber überhand, sie verläßt Gebiete, die noch scherzhaft behandelt werden können und muß bitter ernstgenommen werden. Unsere Frauen stehen jetzt nicht nur mehr, um Butter zu erhalten, sondern sie walfahren nach Fleisch, stellen Witzgänger um Gemüse an — kurz, es gibt schon fast keine Nahrungs- und Gebrauchsmittel mehr, die nicht in die Prozession einbezogen werden. Da tut Abhilfe not, schnelle und gründliche Abhilfe.“

Inwieweit sich bis heute an diesen „Lebensmittel-Prozessionen“ etwas geändert hat, diese Frage mag jeder für sich selbst beantworten. In welchem Sinne, ist nicht zweifelhaft, besonders wenn man an die „Kartoffelprozessionen“ (trotz der überreichen Ernte) der letzten Wochen denkt! Man erlaube aber, was diese Zustände für die davon betroffenen Frauen und Kinder für Folgen haben können, wenn erst die rauhe Jahreszeit eingetreten ist.

Die im Vorstehenden in aller Kürze berührten Mißstände auf dem Gebiete der deutschen Volksernährung im Verein mit den bereits in früheren Artikeln ausführlich geschilderten Erscheinungen des Kriegswunders usw., sind klassische Beweise für die bisherige unzulängliche Zeit der deutschen Kriegswirtschaftspolitik! Was hat der Krieg nicht alles an teils bereits im Prinzip verfehlten, teils haben und darum schlagelagerten Versuchen zur Lösung des Ernährungsproblems gebracht? Zunächst die Höchstpreisverordnungen der Oberkommandos! Die Folge davon war, daß die Lebensmittel vom Markt verschwanden und die Bezirke mit niedrigeren Höchstpreisen boykottiert wurden. Dann kam die notgedrungen Beschlagnahme des Brotagetriebs usw., welches System man sich aber nicht traute bei der Kartoffelversorgung durchzuführen und so auf dem kaum beschrittenen zwar nicht idealen, aber immerhin zum Ziele führenden Wege stehen blieb! Aus der falschen Kartoffelpolitik resultierte, wie beispielsweise das „Correspondenzblatt“ der Gewerkschaften näher begründet, die falsche Schweinepolitik usw. Es würde zu weit führen, hier im einzelnen auf die bald zaghafte, bald radikal — aber gewöhnlich an der falschen Stelle oder zu spät — zugreifende Regierungspolitik einzugehen. Vergeblich wurde u. a. seitens der Gewerkschaften ein „Reichslebensmittellamt“ zur entblenden durchgreifenden Regelung der deutschen Volksernährung gefordert, eine Zentralgewalt, die instand und willens ist, Ordnung in das Chaos der Lebensmittel-



erzeugung, -verteilung und -verwertung zu bringen". Ja, als in der Tagespresse das Gerücht auftauchte, daß die Schaffung einer Lebensmittelbikultur geplant sei, wurde dieses Gerücht zunächst geflissentlich demüthert! Allerdings wurde in der amtlichen Mitteilung gesagt, daß eine Verbesserung und Vereinfachung des Verwalt.-Apparates im Werke sei. Daß darauf aber präventive sich der überraschenden Beschlüsse eine einseitige Zerrücktheit unter dem Namen "Kriegs-ernährungsgesetz". Die unerquicklichen Zustände auf dem Lebensmittelmarkt hatten also doch endlich bei der Regierung den Entschluß gezeitigt, energischer als bisher durchzugreifen. In der Reichsversammlung vom 7. Juni stellte sich der Präsident des Kriegs-ernährungsamtes, Herr v. Batodi, dem Plenum des Reichstages vor. Ein Programm für die künftige Wirtschaftspolitik entwickelte er nicht, nahm auch zu dem ganzen Komplex der wirtschaftlichen Fragen keine grundsätzliche Stellung. Nur soviel ging aus den gemachten Ausführungen mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß Herr v. Batodi eine grundsätzliche Aenderung des nun einmal eingeschlagenen Verlaufes nicht vornehmen wolle, sondern daß er innerhalb des bestehenden Systems darauf bedacht sein würde, früher gemachte Fehler zu vermeiden und die jeweils am heftigsten empfundenen Verlegenheiten zu vermindern.

Ueber die bisherige Tätigkeit des Kriegs-ernährungsamtes äußert sich in einem langen Aufsatze "Gedächtnis-Hoffnungen" die Kölnische Volkszeitung (Nr. 688) sehr unmutig dahin: "Alle Maßnahmen, die eine preisdrückende Wirkung erzielen sollten, hätten bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Zahlreiche Lebensmittel sind während der Tätigkeit des R.-E.-A. weiter im Preise gestiegen." Man scheint bei den Lebensmittelregulierung und Händler allgemein die Ueberzeugung zu haben, daß trotz reichlicher Vorräte die Preise in jeder Woche hinaufgeschoben werden müßten. Der weiteren Entwicklung der Kartoffelverorgung sieht man mit großer Besorgnis entgegen, und steht sich außerstande, den Bewirtschaftungen des R.-E.-A. in dieser Angelegenheit volles Vertrauen entgegenzubringen:

Das R.-E.-A. möge nicht aus anderer Leute Feder Klappen schneiden, sondern am Ursprungsort den Hebel ansetzen und Erzeuger- und Händlerpreise derartig zu gestalten suchen, daß auch für den Verbraucher erträgliche Preise herauskommen. Daß dieses bisher nicht gelungen ist, vermindert das Vertrauen zum R.-E.-A., das durch Mahnungen an die Verbraucher nicht befestigt wird."

Wir haben diesen Ausführungen, die wir voll und ganz unterschreiben, weiter nichts hinzuzufügen.

### Zu unserer Agitation in den Berliner Metallbetrieben.

Dem aufmerksamen Beobachter dürfte es nicht entgangen sein, daß im Verlaufe der letzten zwei Jahre in den Berliner Metallbetrieben größere Veränderungen vor sich gegangen sind, auf die hinzuweisen es notwendig erscheint, da sie auch unsere agitatorische Tätigkeit wesentlich beeinflussen.

Der Weltkrieg mit seinen alles umwälzenden Begleiterscheinungen ist auch an der Warenproduktion und den Betriebsverhältnissen nicht spurlos vorübergegangen, sondern hat überall mehr oder weniger verändernd

gewirkt. Arbeiten, die früher durch menschliche Arbeitskraft verrichtet wurden, sind immer mehr der Maschine übertragen worden und da, wo Männerkräfte gebraucht, diese aber nicht ausreichten, ist an deren Stelle die Frau resp. das Mädchen getreten.

Die Frauenteilnahme, die sonst ausschlaggebend in der Textil-, Schneider-, Zigarren- und Luruspapierindustrie war, ist nunmehr auch in der Metallindustrie vorzuziehen. Für die Berliner Metallbetriebe trifft dies in besonders hohem Maße zu. Ein ständig starkes Zunehmen der weiblichen Arbeitskraft in den großen Fabrikabteilungen geben uns den besten Beweis. Noch nie zuvor ist ein Wechsel der Arbeitskräfte so groß und umfangreich gewesen als wie in den verflochtenen zwei Jahren. Die Arbeitsplätze haben fast durchweg eine neue Besetzung erhalten und von dem früheren alten Arbeiterstamm ist verschwindend wenig übrig geblieben und da, wo sich noch kleine Reste halten, muß er sich in das neue Milieu fügen. In wie umfangreichem Maße der Arbeiterwechsel in den Betrieben vor sich gegangen ist, läßt sich an nachfolgenden Zahlen leicht erkennen, die sich aus unserem Mitgliederbestande ergeben und aus denen man einen annähernden Vergleich ziehen kann.

Vor Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 hatte die Sektion V, Industriearbeiter, in den Berliner Metallbetrieben einen Mitgliederbestand von annähernd 8000. Dies dürften so ungefähr 50 Proz. der Gesamtbeschäftigten sein; denn die mehr wie 16 000 Pader, Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeiter und Arbeiterinnen sowie Kran- und Fahrstuhlführer werden in den Betrieben nicht Beschäftigten gefunden haben. Durch die erforderlichen Heeresmaßnahmen hat nun eine sehr starke Verringerung in den Mitgliederbeständen stattgefunden. Die Bestimmungen hierin ergaben, daß die Sektion V bis Ende 1915 zu den Heeresdienstverpflichteten 55 Prozent ihrer Mitglieder abgegeben hatte und gegenwärtig dürfte das Verhältnis sogar 65 Proz. betragen. Also von 100 Mitgliedern sind zurzeit 65 Soldat und nur 35 Mitgliedern von 100 gleich 35 Proz. war es verblieben, in den Betrieben tätig zu verbleiben. So wie bei den Organisierten dürfte das Verhältnis auch bei den Unorganisierten anzunehmen sein. Demnach ist mit einiger Sicherheit zu folgern, daß von den ehemals Beschäftigten überhaupt nur noch 35 Proz. auf den alten Arbeitsstellen verblieben sind. Aber auch hierin haben sich im Laufe der Zeit weitere Veränderungen ergeben, weil ein erheblicher Teil die günstige Gelegenheit ausnutzte, um ihre schlecht bezahlte Arbeitsstelle mit einer besser bezahlten zu vertauschen. Demnach ist mit Fug und Recht die Annahme richtig, daß das Gesamtbild der heutigen Beschäftigten ein ganz anderes geworden ist, als wie vor es vor zwei Jahren zu kennen gewohnt waren.

Hieraus ist auch zu verstehen, daß durch die vor sich gegangene Umwälzung in den Betrieben und Arbeitsverhältnissen auch eine große Veränderung in der sonst üblichen Agitationsweise eingetreten ist. Die Agitationsbetätigung von früher spielte sich hauptsächlich unter Männern ab und das weibliche Element war nur ganz mäßig in unseren Berufen anzutreffen. Heute dagegen ist das weibliche Element äußerst stark emporgekommen und in allen Berufsarten vertreten. Es gibt ja beinahe keinen Beruf mehr, in dem nicht die Frauenteilnahme Eingang gefunden hat. Was früher ungläublich, ist heute Tatsache geworden. Wir sehen die Frau nicht nur in der gewohnten Betätigung als Pader- und Lagerarbeiterin, sondern sie bedient jetzt auch den Transportkran, den Fahrstuhl und verrichtet sogar sehr schwere Transportarbeiten. So ist nun einmal mit den

Frauen als Arbeitskolleginnen zu rechnen, und wir haben uns mit diesem neuen Zustande so schnell als möglich abzufinden. Im ferneren erleidet die Agitation erhebliche Schwierigkeiten dadurch, daß die Beschäftigten in so kurzer Zeit völlig gewechselt haben und die nun neu in Betriebe Besinnlichen mit unserer Agitationsmethode sehr wenig vertraut sind. In die für sie neuen Verhältnisse konnten sie nicht eingeweiht werden, da alles überfliegend vor sich ging. Die Dinge brachten es mit sich, daß der übergroße Teil der Vertrauensleute den Betrieben genommen wurden und der notwendige Ersatz fand nicht sofortige Beachtung. Eine Lähmung war daher für die erste Zeit dieser Umwälzungsperiode eine unausbleibliche Folge.

Nun nachdem die Dinge wieder in ruhiger Bahnen getreten sind, ist das Verfaulende nachzuholen und das früher bestandene Organisationsverhältnis umgeben wieder aufzubauen. Jedem Einkünftigen dürfte dies als eine der ersten Aufgaben erscheinen, an die er mit Pflicht und Eifer herangehen muß. Wie schon eingangs des Artikels erwähnt wurde, betrug der Mitgliederbestand vor zwei Jahren annähernd 8000, dieser ist mit der Zeit durch die Einberufungen auf 2464 heruntergegangen. Im dringenden Interesse aller Berufscollegen und Kolleginnen liegt es, daß die Zahl von ehemals auch in der gegenwärtigen Zeit so bald als möglich wieder erreicht wird.

Um eine planmäßige Agitation auf der ganzen Linie mit Erfolg betreiben zu können, ist vor allem notwendig, überall das System der Vertrauensleute bis zur äußersten Vollkommenheit durchzuführen. Alle Betriebe oder Abteilungen, in denen Kollegen und Kolleginnen tätig sind, haben dafür zu sorgen, daß jemand aus ihrer Mitte bestimmt wird, dem der Posten eines Vertrauensmannes übertragen wird. Der Name des gewählten Vertrauensmannes sowie seine Wohnung und die Arbeitsstelle sind sofort der Verbandsleitung resp. der Sektion zu melden, damit diese die Verbindung erhält und für die Zuführung von Agitationsmaterial usw. sorgen kann. Die Vertrauensleute haben sodann ihre größte Aufmerksamkeit auf das Betreiben einer ständigen und planmäßigen Agitation zu richten und müssen für die Einberufungen von Versammlungen und Sitzungen sorgen. Solche Versammlungen werden sogar überall notwendig sein, da sich über die veränderten Lebensverhältnisse mancherlei sagen läßt und ein Wandel zum Besseren dringendes Bedürfnis geworden ist. Die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfordern vielfach auf Grund der teuren Ernährungswerte eine durchgreifende Umgestaltung. Jeder Kollegin und jeden Kollegen muß es eine Freude sein, für diese wichtigen Lebensaufgaben ihr Bestes hergeben zu können. Vor allem sollte sich jeder klar sein, daß nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft uns geschehen in Reih und Glied stehen muß, damit wir jederzeit in der Lage sind, errungene Vorteile auch dauernd beizubehalten und Verschlechterungen abzuwehren.

In diesem Sinne mögen die vorstehenden Zeilen unseren Kollegen und Kolleginnen eine Anregung zum Nachdenken geben und anregen sein, daß sie weitgehend haben, um den agitatorischen Geist in den Berliner Metallbetrieben zu haben, damit frühere Verhältnisse recht bald wieder eingetretene Boden finden. Die Agitation ist das Salz und die Wärme für die um ihre Existenz ringenden Proletarier; wer diese vernachlässigt, vernachlässigt sich an sich selbst und seiner Klasse. Eine beschränkte Selbstschädigung wird aber niemand ernstlich wollen; daher gilt es, den ständigen Kampf nach aufwärts führen, der unsere Ziele gilt. Ein jeder sei sich daher seiner Aufgabe bewußt und erfülle seine volle Arbeiterpflicht.

# Aus unserm Berufe



**Automobil-Führer**

Vor auf der Straße stillstehenden Geschirren Suspensionszeichen geben! (Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 5. Juni 1916.) In einem Dezemberabend gegen 8 Uhr wurde die minderjährige W. von einem Auto überfahren. Sie verlangte vom Verkehrssowohl wie von dessen Chauffeur Schadenersatz auf Grund des Kraftwagengesetzes vom 3. Mai 1909 und des § 823 Bürgerl. Gesetzbuches, und zwar 118,50 Mark für beschädigte Kleidungsstücke, 200 Mk. für Hospitalisierung von Nachhülfskräften, die infolge ihrer durch den Unfall verursachten Schulverhinderung erforderlich geworden seien, 700 Mk. für eine Baderreise, Freihaltung von allem noch später etwa erwachsenden Schaden und 500 Mk. Schmerzensgeld. Das Landgericht Hamburg wies die Klage ab, das Hanseatische Oberlandesgericht zu Hamburg dagegen erkannte den Klägerischen Anspruch dem Grunde nach zur Hälfte für gerechtfertigt an. Aus den Gründen:

Dem Chauffeur trifft der Vorwurf der Fahrlässigkeit, weil er, bevor er dem vor ihm aufstehenden Grünwarenwagen auswich, es unterlassen hat, Suspensionszeichen zu geben. Es mag richtig sein, daß es für das in Bezug auf die Straßentrennung vorgeschriebene Signal noch rechtzeitig genug gewesen wäre, wenn er es in Höhe des Grünwarenwagens, wie er es beabsichtigte, gegeben hätte. Aber das durch den Wagen bedingte Manöver mußte ihn veranlassen, spätestens unmittelbar vor dem Fernumfahren um diesen Wagen

ein Warnungszeichen zu geben. Seine Geschwindigkeit war noch zu groß, daß er 1½ bis 2 Meter brauchte, um den Wagen zum Stehen zu bringen. An der Stelle war die Fahrbahn unübersichtlich, und er mußte sich sagen, daß für entgegenkommende Passanten, die etwa dort die Straße überschreiten würden, sein Kraftwagen durch den in ihrer Richtung stehenden Grünwarenwagen verdeckt sein würde. Ueberhaupt muß ein Kraftwagenführer stets damit rechnen, daß hinter einem stillstehenden Wagen, an dem er vorüberfährt, plötzlich ein Hindernis aufstehen kann, und zwar darf er dabei natürlich nicht nur an vorsichtig schreitende, besonnene Erwachsene denken, sondern hat auch die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß etwa spielende Kinder blindlings hinter dem Wagen hervorlaufen können; um dem entgegenzuwirken, muß er jedenfalls dann ein Warnungssignal geben, wenn er den Wagen nicht mit so langsamer Fahrt paßiert, daß er ihn unter allen Umständen noch rechtzeitig zum Halten bringen kann.

Bei der Entstehung des Schadens hat aber auch ein Verschulden der Verletzten mitgewirkt. Da die Klägerin zur Zeit des schädigenden Ereignisses zwar das siebente, aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatte, ist nach §§ 276 und 828 BGB. zu prüfen, ob sie, wenn sie die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht ließ, die Einsicht besaß, um ihr Verhalten als mit dieser Vorsicht in Widerspruch stehend zu erkennen. Hier steht in Frage, daß die Klägerin neben einem Wagen, der ihr die Aussicht verperrte, schnell auf die Straße gelaufen ist, ohne die Gefahr zu beachten, daß sie dabei vor ein den haltenden Wagen passierendes Fahrzeug, insbesondere ein Auto, geraten könne und dann, weil sie bei ihrem schnellsten Lauf ihre Bewegung nicht sofort hemmen konnte, in die höchste Gefahr geraten würde. Die Klägerin war zur Zeit des Unfalles 14 Jahre alt.

Ihre Intelligenz war ausreichend, ihr den erfolgreichen Besuch der Zweiklasse einer staatlichen höheren Mädchenschule und die Vorbereitung auf den Beruf einer Lehrerin zu ermöglichen, erreichte also mindestens den Durchschnitt. Ein derartiges, fast erwachsenes, an das großstädtische Straßenleben mit seinen Gefahren für den Fußgänger gewöhntes Mädchen besaß die Einsicht, die Gefährlichkeit ihres Unternehmens zu erkennen. Damit, daß sie in der angegebenen Weise blindlings auf die Fahrbahn lief, ließ sie diejenige Aufmerksamkeit außer Acht, die auch bei einer Person ihres Alters bei Vornahme ihrer Handlungen gefordert werden muß, und zu deren Anwendung die nach ihrer Individualität vollkommen befähigt war.

Aus der amerikanischen Automobilindustrie. Die nunmehr vorliegenden endgültigen Ziffern der amerikanischen Automobilindustrie zeigen, welche große Bedeutung dieser Erwerbszweig im Verlaufe des Krieges erlangt hat. Der Ausfuhrwert, der im Jahre 1913/14 erst 33 Millionen Dollar betragen hatte, hat sich für 1915 bis 1916 mit 123 Millionen Dollar fast verdreifacht und damit die Industrie zur viergrößten der nordamerikanischen Union gemacht. Davon bezog England allein für 35 Millionen Dollar. Einem Bericht der schweizerischen Gesellschaft aus Washington zufolge schätz man die Zahl der in Betrieb gehaltenen neuen Kraftwagen auf 1 200 000 bis 1 300 000, woran sich von den 448 insgesamt in Betrieb stehenden Fabriken die sechs größten in nachfolgender Weise beteiligten: Ford 500 000, Willys Overland 200 000, General Motors 120 000, Chevrolet 95 000, Studebaker 75 000 und Maxwell 70 000. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß künftig immer mehr Wagen mit weniger als 25 HP-Verkräften gebaut werden, da der stetig steigende Benzinpreis sowie die geringen Reparaturkosten den Gebrauch leichter Wagen empfehlenswerter machen.



In amerikanischen Fachkreisen rechnet man mit einer weiteren Steigerung der Automobilzufuhr nach dem Kriege, um so vielmehr als die großen französischen Autofabriken während des Krieges zur Munitionsfabrikation umgestaltet wurden.



## Bierfahrer

Es gehört zu den Standespflichten eines Kutschers, zum Einfangen eines durchgehenden Pferdes beizutragen. (Viehversicherung des Reichsversicherungsamtes vom 24. November 1915.) Der Bierfahrer W. hatte am 6. Mai 1914 bei einem Kunden leere Fässer abzuliefern. Er war eben von seinem Wagen abgestiegen, als ein schwebendes Pferd die Straße entlang hinter seinem Wagen dahergelassen kam. W. trat einige Schritte von seinem Führer auf die Straße zu, breitete die Arme aus und wollte das Pferd einfassen. Er wurde jedoch von dem Pferde überannt und schwer verletzt. Er wandte sich um Erlas des Schadens an die Brauerei-Versicherungsgesellschaft, wurde aber abgewiesen, da kein Betriebsunfall vorliege. Auch auf dem Klagewege hatte W. zunächst keinen Erfolg, bis das Reichsversicherungsamt seine Ansprüche anerkannte, und zwar aus folgenden Gründen:

Ein durchgehendes Pferd ist unberechenbar, und wenn es auch den Anschein gehabt haben möchte, daß das Pferd in ausreichender Entfernung an dem Bierfuhrer vorbeikommt, so konnte doch irgend ein sich harmloser Umstand, ein Stück Papier, ein glühender Scherben oder dergleichen das Pferd zu plötzlichem Abweichen von der bisherigen Richtung veranlassen und in gefährliche Nähe des Bierfuhrers bringen. Ein durchgehendes Pferd wirkt aber oft auch unerwartet auf andere Pferde, ebenfalls durchgehende, ein Ereignis, das jeder Kutscher nach Kräften verhindern muß. Zur Verhütung der doppelten Gefahr der Beschädigung des eigenen Gefährts und des Durchgehens der eigenen Pferde handelte W. im wohlverstandenen Interesse seines Betriebes, wenn er das durchgehende Pferd auszuhalten versuchte. Aber selbst wenn im gegebenen Falle eine Gefahr für das Brauereigefährt nicht vorzuliegen hätte, würde sich doch die unfallbringende Tätigkeit im Rahmen des Brauereibetriebes vollzogen haben. Denn es gehört unzweifelhaft zu den Standespflichten eines Kutschers, der mit seinem Gefährt auf der Straße fährt, zum Einfangen eines durchgehenden Pferdes beizutragen. Ein Kutscher, der sich dieser Pflicht entzieht, würde sich der Mißachtung seiner Standesgenossen und auch anderer Personen aussetzen. Das kann kein Arbeitgeber seinem Kutscher zumuten, ohne das Vertrauensverhältnis zu erschüttern, das die Grundlage einer erfolgreichen Gesamttätigkeit bildet.



## Handelsarbeiter

Berlin. Für die Sektion der Markthelfer, Boten aus den Buchhandlungen, Hausdiener, Bader aus den Papieren, Papieren-Engrosfirmen, Buchdruckereien, Buchbinderereien usw., fand am 21. August eine Branchenversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erzie die Versammlung das Andenken der gefallenen Kollegen Branchenleitungsmitglieder Alexander Stahl und Billy Heimbs. Kollege Z. gab dann den Bericht über die drückende Generalversammlung, welcher debattelos angenommen wurde. Unter Branchenangelegenheiten wird bekanntgegeben, daß die Pader des Verlags „Berliner Lokalanzeiger“ 2 Mk. Zulage pro Woche erzielt haben. Ueber die Lohnverhältnisse resp. Feuerungszulagen in den Papier-Engrosfirmen ist festzustellen, daß die Lohnzuschläge sehr ungleich sind. Wiederholte Feuerungszulagen von 1 bis 2 Mk. pro Woche in gewissen Zeilshänden bewilligten mehrere Betriebe, darunter die Firma C. V. Cahn. Für Stapler mit Höchstlöhnen von 39 und 41 Mk. steht die Firma hier als erste am Platze. Fertigmacher, Bader erhalten dort 32, 34 und 37 Mk. Bei den Firmen Sieler u. Bogel, Salinger u. Leppmann, Lüdicke, Finisch usw. sind 34 bis 35 Mk. Durchschnittslöhne. Feuerungszulagen wurden hier bei diesen Firmen sehr mäßig bewilligt.

Daß einzelne Firmen in der gegenwärtigen Zeit bei den Feuerungsverhältnissen noch 29 und 30 Mk. für derartige schwere Arbeit bieten, ist ebenfalls zu verzeichnen. In der Nr. 10 des „Courier“ 1915 wiesen wir bereits darauf hin, daß die Angestellten der Papier-Engrosfirmen ihrer Organisation mehr Interesse entgegenbringen müssen, welches wir durch Nachstehendes neuerdings wieder erhärten wollen: Am 4. Juni d. J. wurde der „Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung“ gegründet. Etwa 40 Verbände als förderfähige Mitglieder traten selbigen bei, die maßgebenden Vereine des Buchdruckgewerbes und des Steinbrudes, Buchhändler und Vorwörter, Buch- und Leihbibliothek, Ledergerbereien, Großbuchbindereien, Papierindustriebetriebe, Tapetenbranche usw., Geschäftsbüchereifabrikanten, Kartonnagen-Industrie und die Vereinigung für Zellfragen in der Papier-Industrie. Der Bund vereinigt also die Unternehmer des gesamten Industriezweiges. In einem erlassenen Aufruf wird gesagt, daß bei der nach dem Kriege notwendigen wirtschaftlichen Neuordnung nur diejenigen In-

dustrien sich Einfluß verschaffen werden, die über große, geschlossene, wirtschaftliche Interessenvertretungen verfügen. Die Hilfsarbeiter unseres Berufes werden wohl einsehen müssen, daß die Unternehmer sich stets rechtzeitig rüsten, und daß es unsere Aufgabe sein muß, während wie nach dem Kriege unserer Organisation die Treue zu bewahren, sie zu stärken und zu festigen durch rege Betätigung an allen Veranstaltungen. Bereits vor einigen Jahren befaßten sich die technischen Personale mit der Frage: Gründung eines graphischen Industrieverbandes. Auch andere Kreise des kaufmännischen Unternehmertums beschäftigten sich schon mit der Gründung eines Verbandes des Einflußhandels. Der Verband wird mit den Schiffreedereien, Versicherungsgesellschaften, kreditgebenden Banken in Verbindung zu treten haben. Nach Kriegsbeendigung würde ein Zagen nach Schiffraum entstehen, die Frachtfähigkeit würden enorm steigen, wenn nicht eine Organisation die Regelung der Einfluß der Rohstoffe vorsehe, den für den Transport zur Verfügung liegenden Schiffraum verteilen und die nötigen Zahlungsmittel für die Begleichung der ausländischen Forderungen ordnungsgemäß regeln würde. Sollte es nach Friedensschluß zu einem Handelskriege kommen, mit dem die Gegner drohen, so wären diese Vorbereitungen von Nutzen, um die Vermittlungen der Gegner wirkungslos zu machen. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen und soll in der September-Branchenversammlung das Thema weiter behandelt werden.

Die Handelskammer Dortmund war vom Regierungspräsidenten ersucht worden, sich zu der Einführung der vollständigen Sonntagsruhe während der Kriegszeit zu äußern. Der Kleinhandelsausschuß der Kammer, der diese Frage vorbereitet hatte, kam zu folgendem Ergebnis:

Bezüglich der Kriegszeit wird anerkannt, daß bei völligem Lebensstillstand an Sonntagen für einen Teil der Geschäfte keine Schädigung zu erwarten sei, dagegen würde für einen nicht geringen Teil mit sehr empfindlichen Verlusten gerechnet werden müssen. Es sind dies die Zigarren-, Lebensmittel-, Blumen- und sämtlichen Geschäfte, die den Artikel Herrenkonfektion führen. Die Schädigungen für die Zigarrengeschäfte können aber vielleicht dadurch auf ein geringes eingekürzt werden, daß für diesen Gewerbezweig wenigstens die lebhafte Geschäftszeit von 1 1/2 bis 1 Uhr zum Verkauf freigegeben werden würde; auf die Frühstunden könnte dann eventuell verzichtet werden. Eine weitere Einschränkung oder gar Verschiebung der Verkaufszeit nur auf die Morgenstunden würde jedoch für die Zigarrenhändler unter keinen Umständen gutgehen. Für die Kolonialwarengeschäfte müßte, wenn nicht ebenfalls die Verkaufszeit von 1 1/2 bis 1 Uhr, so doch wenigstens eine Stunde des Morgens früh zum Verkauf freigegeben werden; die Verkaufsbeschränkung auf die Frühstunden würde von dieser Branche unter Umständen nicht allzu drückend empfunden werden.

Die Handelskammer schloß sich den Bedenken des Kleinhandelsausschusses an: es hieß, daß sie kein dringendes Bedürfnis zur Einführung der vollständigen Sonntagsruhe während der Kriegszeit anerkennen könne. Daß diese Auffassung in der Praxis durchaus nicht allenthalig ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß in all den Großstädten, die bereits vollständige Sonntagsruhe eingeführt haben, eine Schädigung der Geschäftsinhaber durchaus nicht eingetreten ist, diese vielmehr mit der vollständigen Sonntagsruhe sehr zufrieden sind.

## Strassenbahner.

### Weitere Feuerungszulagen bei der Großen Berliner Strassenbahn.

Die enormen Verteuerungen für allen Lebensaufwand hat das Personal der Großen Berliner Strassenbahn veranlaßt, wegen weiterer Erhöhung des Lohnes bei der Direktion einzukommen. Nach eingehender wiederholter Beratung der Verbandsvertrauensleute wurden die genannten Vertrauensmänner beauftragt, die Eingabe in nachstehender Form der Verwaltung zu übermitteln:

„Berlin, den 16. 8. 1916.  
 An die  
 Direktion der Großen Berliner Strassenbahn  
 Berlin.  
 Verehrliche Direktion!

Die unterzeichneten Vertrauensmänner erlauben sich nachstehendes zu unterbreiten:

In verschiedenen Sitzungen und Versammlungen, insbesondere auch durch vom Personal mit uns gesuchter persönlicher Rücksprache ist der Wunsch laut geworden, die verehrliche Direktion um eine weitere Erhöhung der Bezüge zu bitten. Man weist allenthalben auf die ständig steigenden Preise für die Lebensmittel und Bedarfsartikel hin. Selbst die Festlegung der Höchstpreise für einzelne Artikel bringe weder Ständigkeit in den Ausgaben noch irgendwelche fühlbare Erleichterung, umso mehr als diese Preise auch ständig sich in aufsteigender Linie bewegen. Ueber die herrschende Not in den Familien ist die Lage allgemein, obwohl auch hier immer wieder der Grundton gelten kann, daß man durchaus gewillt ist, weitere Opfer während des Krieges zu tragen. Die Bezeichneten sind indessen der Meinung, weitere Einschränkungen nicht vornehmen zu können. Sie verkennen ferner nicht, daß das Entgegenkommen der Verwaltung in Bezug auf Feuerungszulagen gewisse Erleichterungen gebracht hat. Es ist ihnen ferner bekannt, daß die Feuerungen sich auch auf andere Artikel, besonders die, welche zur Erhaltung des Betriebes angeschafft resp. ergänzt werden

müssen, erstrecken, deren Folgen größere Ausgaben für Materialien usw. sind. Aber in den Kreisen genannten Personals glaubt man mit dem verdienten Einkommen am Ende der Leistungsfähigkeit angekommen zu sein, wenn nicht eine starke Unterernährung Platz greifen soll.

Das Personal bat uns deswegen, die verehrliche Direktion zu bitten, eine Neuregelung der Lohnverhältnisse zugunsten des Personals vornehmen zu wollen. Dabei wurde der Wunsch laut, besonders diejenigen berücksichtigen zu wollen, die infolge der niedrigsten Löhne am schwersten zu leiden haben; z. B. Erspersonal, das angestellte Personal in den ersten Lohnstufen, die Frauen usw.

Die Unterzeichneten kommen hiermit dem Wunsch nach und bitten die verehrliche Direktion, ihnen Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache zu geben, damit sie in der Lage sind, das Ergebnis dieser Verhandlungen und evtl. Veränderungen in angeregten Fragen dem Personal unterbreiten zu können.

Mit Hochachtung ergebent  
 gez. Knobel Hf. 24. gez. Mofkus Hf. 19,  
 gez. Welser Hf. 17

In dieser Eingabe fällt Verschiedenes auf. Zunächst, daß nur drei Vertrauensmänner unterzeichneten. Das liegt daran, weil die anderen sich an der Front befinden. Die Vertrauensmänner des Vereines aber hatten nichts eingereicht. Dann fällt auf, daß die Regelung der Aufbesserung der Direktion überlassen, bestimmte Vorschläge also nicht gemacht wurden. Es wird indessen der Wunsch angedrückt, diejenigen besonders zu berücksichtigen, welche am niedrigsten entlohnt werden. Die Vertrauensleute gingen bei dieser Entschliebung von den Grundzügen aus, daß man auf ein wohlwollendes Entgegenkommen der Direktion rechnen könne. Und sie hatten sich nicht getäußt. Schon am 29. August wurden die unterzeichneten Kollegen noch drei von der Vereinskasse zu einer Besprechung geladen. Herr Direktor Otto, der die Besprechung leitete, zeigte sich als ein Mann, der die gegenwärtigen Verhältnisse und die Lage des Personals richtig erkannt hatte. Nur war er abweichender Meinung über eine besondere Bevorzugung für die in den ersten Lohnstufen stehenden Bediensteten. Er wies darauf hin, daß vom sozialen Standpunkt aus das wohl richtig sei, aber damit keine Verbiegung des gesamten Personals erzielt wäre. Es dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß man über eine bestimmte Höhe in der Gesamtsumme der Lohnzusgaben nicht gehen dürfe. Er machte dann Vorschläge, die auch von den Geladenen unter den gegebenen Umständen für annehmbar befunden wurden. Die Vertrauensmänner erklärten schließlich, daß eine weitere Konferenz wohl kaum ein anderes Resultat zeitigen werde und verzichteten auf die Einberufung derselben. Am 1. September wurde dann auf den Vorschlag durch Auszahlung bekannt gemacht, daß die Höfen gewährleisteten Feuerungszulagen für das gesamte Fahrpersonal, Hof- und Streckenarbeiter sich um 5 Mk., und für jedes Kind um weitere 2 Mk. monatlich erhöhen. Demnach gehalten sich die Nebenbezüge und Feuerungszulagen für das Fahrpersonal von nun an wie folgt:

Monatszulagen.

Zulagen wurden gewährt Datum	Angestellte		Aushilfspersonal männlich		weiblich
	verheiratet	unverheiratet	verheiratet	unverheiratet	
Beim Eintritt	—	—	—	—	5,60*
Januar 1915	5	5	5	5	2,40
Juni 1915	5	8	5	8	8
März 1916	8	2	8	2	2
August 1916	5	5	5	5	5
Gesamt	18	15	18	15	18

\*) 2 bezahlte freie Tage und 2,80 Mk. — Frauen, deren Männer bei der Strassenbahn beschäftigt oder deren Männer nicht zum Wehrdienst eingezogen wurden, erhalten keine Zulage für Kinder.

Dazu kommen noch für die verheirateten Frauen und Männer eine sogenannte Kinderzulage und zwar für jedes Kind unter 15 Jahren von insgesamt 5 Mk. pro Monat. Bei durchschnittlich 2 Kindern, wie die Gesellschaft rechnet, würde die Kriegszulage für die verheirateten Männer und Frauen noch um 10 Mk. steigen.

Mit dieser letzten Zulage, die für das Unternehmen eine Mehrausgabe von circa 800 000 Mk. ausmacht, dürfte das Personal zufrieden sein. Wir wollen, dürfen nicht verschweigen, daß ein erheblicher Teil von Kollegen wieder einmal andere für sich arbeiten ließen. Wohl übten sie scharfe Kritik, gebärdeten sich als äußerst radikal, selbst an den ungeeignetsten Orten schrien sie über schlechte Bezahlung und Missetimmungen, sobald sie aber zur Versammlung kommen und mitbestimmen sollten, blieben sie zu Hause. Wenn dennoch der Erfolg so ist, wie oben angegeben, so ist das in erster Linie den Verbandsmitgliedern, den Verbandsvertrauensleuten und deren rastlosen Arbeit zu danken. Auch die Direktion bewies ein hohes Verständnis über die wirtschaftliche Lage des Personals. Das beweist auch die überaus rasche Erledigung der Eingabe. Ob ein ähnliches Verständnis zwischen Bediensteten und Verwaltung sich immer finden wird, muß schon aus den Interessenangelegenheiten, die zwischen Gesellschaft und Personal bestehen, bezweifelt werden. Aus diesem Grunde wird und muß sich ein Verhalten der Kollegen, wie wir es eben geschildert, einmal schwer rächen. Es steht aber zu hoffen, daß nimmere von sämtlichen Kollegen der Wert einer Organisation erkannt wird und sie sich uns anschließen werden.







nachdem ein englischer Kreuzer nachts heimlich in die Chesapeake-Bay eingefahren war.

Bei der Ausfahrt befanden sich nicht weniger als acht englische Kriegsschiffe auf der Lauer, umgeben von zahlreichen gemieteten amerikanischen Fischdampfern, zwecks Auslegung von Netzen und Verhinderung des Feindes. Trotzdem gelang die Ausfahrt. Die Ozeanfahrt war anfangs stürmisch, später weniger bewegt. In der englischen Küste viel Nebel; die Nordsee war stürmisch. Das Schiff ist ein ausgezeichnetes Seeschiff. Die Maschinen haben tadellos gearbeitet, ohne jegliche Störung. Es wurden 100 Seemeilen unter Wasser gefahren bei 4200 Seemeilen Reise.

Selbst die Gefahren der besonders im Monat August in Erit geratenen Eisberge sind glücklich überwunden.

Am 23. Juni glitt die „Deutschland“ aus der Besetzung in die Weite, am 23. August warf sie dort wieder Anker. In zwei Monaten sind Hin- und Rückreise bewältigt worden. Nahezu einen Monat lang, vom 10. Juli bis 6. August, hat der Unterseebdampfer im Hafen von Baltimore gelagert, Ladung gelöscht und Wasser empfangen.

Handels-U-Schiff „Bremen“, als Schwester-Schiff der „Deutschland“, befindet sich auf der Fahrt nach Baltimore, und 7 bis 10 weitere deutsche Handels-U-Schiffe werden den plannmäßigen Untersee-Verkehr Deutschland—Amerika aufnehmen und — aufrecht erhalten.

England steht erbozt vor einer ebenso unbequemen wie glänzenden vollendeten Tatsache, die nicht aus der Welt zu schwadronieren ist. Da muß nun der zur Gewohnheit gewordene britische Bluff als Vorbehalt herhalten, um die staunende Mittelwelt über diese neueste Errungenschaft deutscher Technik und Nautik hinwegzujubeln. Das war alles Bluff — läßt sich „Daily Telegraph“ in einer Depesche über die „Deutschland“ aus New York melden. Die „Deutschland“ wurde in kleinen Stücken an Bord neutraler Schiffe nach einem wenig besuchten amerikanischen Hafen gebracht, dort zusammengelegt und mit Farbstoffen beladen. Dann fuhr sie triumphierend innerhalb der drei Meilenzone nach Baltimore.

Noch eine andere interessante Seite gewinnt der Londoner „Evening Standard“ dem vielbesprochenen deutschen Handels-U-Schiff ab. Das Blatt veröffentlicht folgende Betrachtungen eines „borehmen deutschfeindlichen Ausländers“ über den eigentlichen Zweck der Amerikafahrt der „Deutschland“. Danach muß die Reise als eine Versuchsfahrt bewertet werden. Kommt der gefährdete Augenblick, wo der Kaiser gezwungen wäre, den Verbündeten seinen Degen zu überreichen, so wird er sich dieser Demütigung und der Gefahr, den Rest seines Lebens auf St. Helena zu verbringen, dadurch entziehen, daß er auf der „Deutschland“ nach Amerika flüchtet. An diese Prophezeiung knüpft „Evening Standard“ Betrachtungen darüber, was alles im Jahre 1815 geschehen wäre, wenn Napoleon ein Unterseeboot zur Verfügung gehabt hätte. Ja, wenn —! Was wäre erst alles geschehen, wenn es zur Zeit Adams und Coas keine Nepeleebäume gegeben hätte!

Aber die vermaledeite deutsche Entwidlung steht selbst den stolzen Briten zu Gefallen nicht stille. Im Verkehre mit Amerika sollen den U-Handelschiffen die Handels-Zeppeline folgen.

Der Berliner Korrespondent des Amsterdamer „Lid“ weiß zu melden, daß in einigen Monaten die größten Zeppeline, die jemals gebaut wurden, und die dazu bestimmt sind, unbewaffnet nur als friedliche Kurier und zu Handelszwecken einen geregelten Luftverkehr mit Amerika zu eröffnen, über den Ozean fliegen werden. „Der neue Zeppelin“, so berichtet das genannte Blatt weiter, „ist für ungeheures Steige- und Kraftvermögen eingerichtet, während er eine Höchstgeschwindigkeit von 200 Kilometern in der Stunde entwickeln kann. Sowohl der Schnelligkeit, wie der Stabilität wird es den feindlichen Flugzeugen unmöglich machen, etwas gegen den friedlichen Luftreisenden zu unternehmen. Mit dem Handelsunterseeboot „Deutschland“ hielt es: „Deutschland, Deutschland unter alles“. Der neue Zeppelin, der allerdings auf den Namen „Deutschland“ getauft ist, wird das „Deutschland“ „Deutschland über alles“ zur Wahrheit machen. Graf Zeppelin selbst hat bereits die erste Reise des Luftschiffes bis an die Küsten Englands geteuert. Andere Zeppeline, die ausschließlich für den Handelsverkehr bestimmt sind, sind noch im Bau begriffen.

Wenn das Amsterdamer Blatt recht behalten sollte, wird sich Alton auch mit dieser Tatsache abfinden müssen. Alton mag mächtig sein, aber um das Rad der Weltgeschichte rückwärts drehen und den deutschen Fortschritt hemmen zu können, dazu reicht nun seine Willkür und Macht doch nicht mehr aus.

### Geschichtliches zum deutschen Handels-U-Schiffsverkehr.

Zu Ende des Jahres 1915 haben deutsche Reederei und Industrielle schlußfassen versucht, ob es möglich sei, ein U-Boot als Handelschiff zu erbauen. Die U-Boote unserer Kriegsschiffe hatten bereits Entfernungen wie die von Wilhelmshaven bis Konstantinopel ohne Anhalten zurückgelegt. Es kam nun darauf an, der Idee des Handels-U-Schiffes Kraft und Ziel zu geben und sie praktisch zu verwirklichen. Es fragte sich jedoch zunächst:

1. Ob die Beladung, die ein solches Untersee-Schiff tragen könnte, die hohen Baukosten und das große Risiko einer Fahrt über den Ozean aufwiegen würde, und
  2. ob die Schiffe rasch genug gebaut werden könnten, um noch im Kriege in Tätigkeit zu treten.
- Diese Fragen wurden rasch bejaht.

Während die Ausführung eines Handels-U-Schiffsverkehrs mit Amerika und anderen neutralen Ländern von unserer hanseatischen Kaufmannschaft, insbesondere Herrn Alfred Lohmann in Bremen, erwogen wurde, waren gleichzeitig bei unserer Industrie, und zwar bei der Friedrich Krupp-Germania-Werft in Kiel, ähnliche Pläne gereift. Die Germania-Werft hatte ein U-Boot von etwa 600 Tonnen entworfen, das in ganz kurzer Zeit erbaut werden sollte. So wurde der Bau von zwei derartigen Unterseebooten beschlossen. Ein Syndikat, dem ausschließlich angehörten: der Norddeutsche Lloyd, die Deutsche Bank und Herr Alfred Lohmann, gründete mit einem Kapital von 2 Millionen Mark die Ozean-Reederei G. m. b. H., an deren Spitze als Vorsitzender des Aufsichtsrates Herr Alfred Lohmann trat. Als die Deutsche Ozean-Reederei in das Handelsregister eingetragen wurde, waren auf der Germania-Werft bereits die Spanten der „Deutschland“ errichtet und der Bau der „Bremen“ begonnen. Der Schiffskörper der „Bremen“ wurde in Auftrag gegeben bei der Flensburger Schiffbau-Vereinigung, von der Germania-Werft, während die Germania-Werft selbst die Motoren und andere Maschinen baute. Trotz der Neuzeit des ganzen Typs konnten die grundlegenden Konstruktionsarbeiten und der Bau des ersten Schiffes überraschend schnell und glatt erledigt werden. Nach Erledigung der Probefahrten konnte das Schiff seine Ausreise antreten. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß die aus Angehörigen der Handelsmarine bestehende Besatzung sich mit dem neuartigen Dienst auf einem Untersee-Schiff erst vertraut machen mußte.

Die Hauptabmessungen des Schiffes sind die folgenden:

Länge über alles	65,0 Meter
Größe Breite auf Spanten	8,9 „
Tiefgang etwa	4,50 „
Displacement, ausgetauscht	1900 Tonnen

Der Delvorrat ist so bemessen, daß er für die Hin- und Rückfahrt ausreicht.  
Die Tragfähigkeit beträgt etwa 750 Tonnen.  
Die Verwendbarkeit der Handels-U-Schiffe wird vorläufig auf die Kriegsjahre beschränkt sein, da die Lebensfähigkeit im Verhältnis zu den Kosten der Schiffe im Frieden zu gering ist. Für den Krieg aber ist die Remobilität auf jeder Reise gesichert, obgleich der Wert der Schiffe während des Krieges abberdient werden muß.

Die Maschinenanlage besteht aus zwei Dieselmotoren für die Uebertwasserfahrt und den mit ihnen getriebenen Hauptelektromotoren für die Unterwasserfahrt. Durch den vor dem Maschinenraum liegenden Laderaum führt ein Tunnel zur Zentrale, in der alle für die Bedienung des Schiffes bei der Unterwasserfahrt erforderlichen Einrichtungen vereinigt sind. Die vor der Zentrale liegenden beiden Abteilungen enthalten unter der Akkumulatoren- und oben die Wohnräume für die Mannschaften. Durch den vorderen Laderaum führt wiederum ein Tunnel nach dem Bugraum, in dem verschiedene Hilfsmotore untergebracht sind. Bug- und Heckraum sind außerdem noch für Wohnzwecke nutzbar gemacht. Ueber der Zentrale ist ein geräumiger Kommandoturm mit Schrohr angebunden; ein zweites Schrohr führt nach der Zentrale. Auf dem Kommandoturm befindet sich eine Navigationsplattform, die erfahrungsgemäß auch noch bei verhältnismäßig schlechtem Wetter verwendbar ist. Die Beladung des Schiffes besteht aus 29 Köpfen. Mit Rücksicht auf die lange Reisebauzeit ist auf eine gute Unterbringung der Mannschaften besondere Sorgfalt verwendet worden. Auch sonst, wie z. B. in bezug auf Materialstärke, die Ausrüstung mit Booten, Anker und Ketten, sowie in bezug auf Freibord und Schoteneinstellung, sind die Vorschriften des Germanischen Lloyd's und der See-Versicherungsgesellschaft berücksichtigt worden. Selbstverständlich sind auch die üblichen Unterseebooten üblichen Sicherheitsvorrichtungen vorgesehen. Für das schnelle Laden und Entladen sind Lademaschinen und Winden vorhanden. Jeder Laderaum hat zwei Ladeluken. Die Boote sind mit Funkentelegrapheneinrichtung von guter Reichweite ausgestattet. Die von der Germania-Werft erbauten Dieselmotoren sind einfach wirkende sechsylinderige Viertakt-Motore. Das Manövrieren erfolgt mit Hilfe der Elektromotoren. Auf den wenigsten leitenden Männern wurde niemand in das Geheimnis eingeweiht. Dadurch ist das ganze Vor der Welt bis zur Ankunft der „Deutschland“ in Baltimore geheimgeblieben. Nicht allein für die erste Reise der „Deutschland“, sondern auch für viele weitere Reisen dieses Schiffes und seines Schwester-Schiffes ist die nötige Menge Gummi und andere Rohstoffe in Amerika gesichert. Die amerikanischen Vertreter des Norddeutschen Lloyd, die Firma A. Schumacher u. Co., Baltimore, bzw. deren beiden Chef, die Herren Hillen sen. und

H. Hillen, sowie der beigegebene Lloydkapitän Hinch und andere Herren hatten die umfangreichen Vorbereitungen für die Ankunft der „Deutschland“ getroffen. Das trotz aller in der Sache liegenden Hindernisse der Bau in so kurzer Zeit fertiggestellt und ungachtet aller raffinierten englischen Handelschiffen die wertvolle Ladung gesichert und herübergeschafft werden konnte, ist eine Großtat, auf die unsere Industrie, hanseatische Handel und Schifffahrt und nicht zuletzt Kapitän und Mannschaft der „Deutschland“ stolz sein können. Auch über die Kriegsbauer hinaus, wenn wieder Deutschlands Schifffahrt in Blüte steht.

Während die Ausführung eines Handels-U-Schiffsverkehrs mit Amerika und anderen neutralen Ländern von unserer hanseatischen Kaufmannschaft, insbesondere Herrn Alfred Lohmann in Bremen, erwogen wurde, waren gleichzeitig bei unserer Industrie, und zwar bei der Friedrich Krupp-Germania-Werft in Kiel, ähnliche Pläne gereift. Die Germania-Werft hatte ein U-Boot von etwa 600 Tonnen entworfen, das in ganz kurzer Zeit erbaut werden sollte. So wurde der Bau von zwei derartigen Unterseebooten beschlossen. Ein Syndikat, dem ausschließlich angehörten: der Norddeutsche Lloyd, die Deutsche Bank und Herr Alfred Lohmann, gründete mit einem Kapital von 2 Millionen Mark die Ozean-Reederei G. m. b. H., an deren Spitze als Vorsitzender des Aufsichtsrates Herr Alfred Lohmann trat. Als die Deutsche Ozean-Reederei in das Handelsregister eingetragen wurde, waren auf der Germania-Werft bereits die Spanten der „Deutschland“ errichtet und der Bau der „Bremen“ begonnen. Der Schiffskörper der „Bremen“ wurde in Auftrag gegeben bei der Flensburger Schiffbau-Vereinigung, von der Germania-Werft, während die Germania-Werft selbst die Motoren und andere Maschinen baute. Trotz der Neuzeit des ganzen Typs konnten die grundlegenden Konstruktionsarbeiten und der Bau des ersten Schiffes überraschend schnell und glatt erledigt werden. Nach Erledigung der Probefahrten konnte das Schiff seine Ausreise antreten. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß die aus Angehörigen der Handelsmarine bestehende Besatzung sich mit dem neuartigen Dienst auf einem Untersee-Schiff erst vertraut machen mußte.

### Vereinzelt — vereinigt.

Vereinzelt ist der Mensch eine schwache Kreatur im großen Weltraum, aber vereinigt, was ist er da nicht alles imstande! Vereinzelt kann eine Nation ihm Furcht einjagen, vereinigt läßt sich der riesige Ozean von ihm zum Laßtier abrichten. Vereinzelt ruft ihm der reisende Waldstrome zu: bis hierher und nicht weiter; vereinigt ringt er den Brandungen des Meeres ganze Länder ab. Vereinzelt knauret die Natur mit ihm über ihre Gaben; vereinigt zwingt er ihr Reichum und Ueberfluß ab. Vereinzelt muß er im Schweiß seines Angesichts sein Brot essen; vereinigt wendet er seine geistigen Kräfte vorstellend an und erseht seine physischen durch die Kraft der Elemente. Weiting.

### Großbritanniens Furcht vor dem deutschen Schiffbau.

Am Anfang des Weltkrieges, im August 1914, war es für jeden stolzen Briten eine ausgemachte Sache und eine unverrückbare Selbstverständlichkeit, daß namentlich der Seekrieg mit einer Vernichtung der deutschen Handelschiffahrt und auch des deutschen Schiffbaues enden müsse. Dazu führt Großbritannien als Beherrscherin der Meere Krieg, wenn nicht kein Hauptzweck die Vernichtung des unheimlichen Rivalen auf den Weltmeeren, zu Fuß und Frommen des britischen Seebaus und der britischen an Seemariere grenzenden Bequemlichkeit, erreicht würde! Noch niemals in der Geschichte hat Großbritannien gegen Spanien, Frankreich, Holland und die übrigen Teile der Welt Krieg geführt, als zu diesem „höheren, idealen“ britischen Selbstzweck. Nur die verruchte Mittelwelt hat das „selbstlose“ Alton in ihrer ideallosen Verworfenheit so schönede verkannt.

Und nun diesmal, besonders diesmal, will es das bitterste Kriegsschicksal so ganz anders, als es die Londoner Citywelt beschlossen hatte. Darüber steht es den Gewaltigen im Piffabill herum bitter und lächelnd auf. Kein Wunder, denn die höchsten Vernichtungspläne gegen Deutschlands Schifffahrt und Schiffbau liegen den Herren wie die bekannten sauren Kraben im Magen und deshalb lassen sie in ihrer Bedrängnis Notsignale und Warnungsrufe in die Welt flattern.

Im „Daily Express“ vom 12. 7. heißt es: Wie wird es mit der deutschen Handelsflotte nach dem Kriege stehen? Sicher geborgen waren die schwimmenden Paläste Deutschlands darauf, die Früchte — nicht des Sieges —, sondern der Niederlage einzuheimen. Die „Lufftania“ und viele andere britische Schiffe liegen auf dem Meeressgrund — wird England nun den im Verleed gehaltenen deutschen Schiffen gestatten, die Bahne von dem Welt-Passagierverkehr abzuschöpfen?

Die Schiffbauanstalten Deutschlands sind sozusagen alle in den Händen von 20 Firmen, die in normalen Zeiten 70 000 Arbeiter beschäftigen, darunter als größte der Hamburger-Steinler Vulkan, Wöhm u. Wöhm und die Germania-Werft. So wunderbar der Schiffsbau sich in den letzten 20 Jahren entwickelte, ist der deutsche doch für uns lange nicht so bedrohlich gewesen wie einige andere deutsche Industrien, denn während er nach 1900 nicht weniger als 21 v. H. des ausländischen Bedarfs lieferte, ging diese Zahl bis Kriegsbeginn auf etwa 4,6 v. H. zurück. Ein derartiger Zustand befriedigte natürlich den deutschen Ehrgeiz nicht.

In der Herstellung von Frachtschiffen stand jedoch der britische Schiffsbau an erster Stelle, denn trotz aller Vorzüge, die die Deutschen für ihre Schiffe in Anspruch nehmen, wurde doch in England fraglos billiger gebaut. Trotz der fast unübersehbaren Einrichtungen der deutschen Werften blieb die deutsche Schiffbauindustrie in finanzieller Beziehung immer eine „lahme Gans“. Die Werften waren eben auf viel größere Nachfrage zugelassen, als sich tatsächlich einstellte, und dieser unglückliche Zustand hätte auch noch weiter andauernd, wenn nicht der Krieg gekommen wäre. Bei Kriegsbeginn war die Lage des Schiffbaues nicht so rosig, die Reederei hatten kein Verlangen nach deutschen Schiffen und betonten immer die gespannte finanzielle Lage, in die die Werften durch die verpöde britische Flotte gebracht seien.

Während sich die deutschen Schiffsbauer nun eigentlich in finanziellen Nöten befinden müßten, erbringen die Jahresberichte den Beweis, daß die Industrie ganz außerordentlich blüht.

Dies wird in dem Aufsatz weiter mit Einzelheiten der letzten Abschlüsse deutscher Werften belegt, dann heißt es:

„Die Anlegung neuer Hellingen, die Vergrößerung der Werftanlagen und des Kapitals, alles deutet darauf hin, daß der deutsche Schiffsbau ein furcht-

\*) Zu der Meldung, daß nunmehr auch in Hamburg eine Reederei für den überseeischen Frachtverkehr der Handels-U-Schiffe in der Gründung begriffen sei, schreibt die „Köln. Zig.“: „Zu der Sachlage wird an einer Hamburger Stelle, die von einer solchen Absicht, wenn sie befände, unterrichtet sein müßte, erklärt, daß man von keiner Seite in Hamburg in den führenden Hamburger Schiffahrtsgesellschaften an einen solchen Plan herangeraten sei, daß von einer solchen Gründung auch sonst durchaus nichts bekannt sei, und daß es überdies ein recht übertriebener Gedanke wäre, wollte man jetzt bei dieser vorgeschrittenen Zeit in Hamburg zu einer Nachahmung des bremischen Unternehmens übergehen. Es scheint hiernach tatsächlich nichts Ernsthaftes an der Meldung zu sein. Vielleicht ist das Gerücht unter mißverständlicher Auslegung gelegentlicher Äußerungen entstanden, wie man sie wohl ab und zu in Hamburg gehört hat, so z. B. die Bemerkung: Eine solche Sache hätte man in Hamburg ebenfalls machen sollen und dergleichen mehr.“







der britischen Regierung den Beschid, 45 Kronen sei ein zu hoher Preis; er weigerte sich, die Ladung abzunehmen, verbiete dem Eigentümer jedoch, sie anderweitig zu verkaufen. Die Fischer wenden sich nunmehr an die norwegische Regierung mit der Erklärung, daß die jetzigen Zustände unbillig seien.

Standinavische Redereien haben Frachtverträge mehrerer Dampfer, die mit Viehfutter, Kohle und Phosphat nach Island gehen sollten, aufgeben müssen, da die englische Regierung Vorkontrollen diesen Schiffen nur dann geben will, wenn sie nach Sibirien Norwegen oder der Verbündeten bestimmt sind.

Und dieses selbe England blüßt die Welt mit dem perfiden Schwindel, daß es für die „Rechte, Freiheiten und Unabhängigkeit“ der kleinen Staaten und für die „Freiheit der Meere“ gegen — Deutschland kämpfe. Und es findet inandinavien sein gläubiges Publikum. Es ist bekanntlich nichts zu dumm — usw. usw.

**Schweden.**

**Schweden gegen russische schamlose Willkür.**

Russische Seestreitkräfte fahren fort, die schwedischen Hoheitsrechte in schwedischen Küstengewässern vorfälschlich zu mißachten. Sie greifen deutsche Handelschiffe innerhalb der schwedischen Hoheitsgrenze an, vernichten sie oder bringen sie widerrechtlich auf. So kürzlich erst wieder den Hamburger Dampfer „Defierro“.

Der amtliche schwedische Bericht über die Vernehmung des schwedischen Kapitäns, der bei der Wegnahme des Dampfers „Defierro“ durch ein russisches Unterseeboot am 18. August an Bord war, besagt: „Nach dem eideschwörenden Zeugnis des Kapitäns ist es zweifellos, daß die Wegnahme in schwedischen Hoheitsgewässern stattfand. Das russische U-Boot führte die dreijüngige schwedische Maxineflagge. Der Name war aber in russischen Buchstaben geschrieben. Das Boot trug die Nummer 4. Wohin Mann kamen an Bord des „Defierro“.“ Sie sprachen russisch und gaben unter Drohungen mit Revolvern dem Kapitän das Zeichen zum Ankerlicht, ohne sich durch den Protest des schwedischen Kapitäns berühren zu lassen. „Dann wurde der Lohse auf das U-Boot gebracht und bis zum Abend eingeschlossen. „Defierro“ war nachher verschwunden. Der Lohse wurde in Mos von den russischen Behörden vernommen und erhielt Geld für die Rückfahrt.“

Ein russischer Spion hatte die Absicht und den späteren Unterplay der „Defierro“ verraten. Wie aus Stockholm gemeldet wird, beauftragte die schwedische Regierung ihren Gesandten in Petersburg, von der russischen Regierung die Freigabe des Dampfers „Defierro“ zu verlangen, der von einem russischen Unterseeboot, das die schwedische Flagge führte, innerhalb der schwedischen Hoheitsgrenze aufgebracht wurde. Ferner soll Ladung und Besatzung des Dampfers freigegeben und für die begangene Neutralitätsverletzung volle Genugtuung gewährt werden.

Es erscheint nur mehr als fraglich, daß Rußland diesen Protest Schwedens respektieren wird. Später wird dann wieder der schwedische Sozialistenführer Branding an einer russischen Festtafel die russische Freiheit in einer Tafelrede feiern.

**Portugal.**

**Die umgelaufenen, von Portugal geraubten deutschen Schiffe.**

Die Regierung der portugiesischen Republik hat durch Verfügung des Marineministeriums veröffentlicht in dem „Diario do Governo“ vom 15. April d. J. die portugiesische Genehmigung der seinerzeit beschlagnahmten deutschen Schiffe bekanntzugeben. Die Veröffentlichung bezieht sich auf 68 Schiffe. Es wurden hiernach benannt:

- „Atilles“ — Cavado, „Abelaide“ — Cunene, „Aniars“ — Coimbra, „Artadia“ — Espofende, „Beta“ — Maio, „Brisbane“ — Damao, „Wilson“ — Trazeos-Monte, „Bürgermeister Bachmann“ — Ilha do Fogo, „Caia Blanca“ — Ovar, „Cherustia“ — Veizoes, „Colmar“ — Madiao, „Dora Horn“ — S. Nicolau, „Electra“ — Cascais, „Energie“ — Espinho, „Eus“ — Leça, „Europos“ — Caminha, „Galata“ — Faro, „Girgente“ — Gaia, „Heimbürg“ — Santo Antao, „Hochfeld“ — Desferias, „Jugbert“ — Porto Alexandre, „Jugraban“ — Congo, „Joffa“ — Escavem, „Kommadore“ — Mormugao, „Kaneo“ — Vil Cannes, „Lichtenfels“ — Goa, „Lübeck“ — Barreiro, „Mailand“ — Viana, „Margareth“ — Graciosa, „Marienfels“ — Diu, „Max“ — Flores, „Mazagan“ — Trafaria, „Mitos“ — Sines, „Mina Schütz“ — Nazare, „Mogador“ — Minho, „Nazos“ — Azeiro, „Neva“ — Patrao Lopes, „Numancia“ — Pangim, „Petropolis“ — Madeira, „Phoenicia“ — Peniche, „Picador“ — Granja, „Pluto“ — Sado, „Prinz Henrich“ — Porto, „Quahida“ — Porto Santo, „Rhodos“ — Belem, „Holandsch“ — Mira, „Rotterdam“ — Figueira, „Santa Barbara“ — S. Mago, „Santa Ursula“ — Estremadura, „Sardina“ — S. Jorge, „Schiffner“ — Santa Maria, „Smaraburg“ — Ponta Delgada, „Schumburg“ — Horta, „Sophie Adamer“ — Verleuga, „Taygetos“ — Sagres, „Theodor Wille“ — Boa Vista, „Togo“ — Brava, „Triton“ — Setubal, „Aldermarkt“ — Alentejo, „Vesta“ — Foz do Douro, „Wesermund“ — Lima, „Württemberg“ — Amaranta, „Wirzburg“ — S. Vicente.

Die in der Provinz Mozambique befindlichen acht Schiffe, und zwar „Hof“, „Esler“, „Admiral“ und „Kronprinz“ in Lazzeno Marques, „Reinart“ und „Radeit“ in Beira, sowie „Hafsl“ und „Bieten“ im Hafen Mozambique sind nicht erwähnt.

Von den 72 geraubten deutschen Schiffen sollen bereits in portugiesische und englische Dienste gestellt worden sein. „Abelaide“ ist nach Kapstadt abgetreten worden. Aus London wird berichtet, daß

Portugal auf Ersuchen Englands eingewilligt hat, einige der von Portugal beschlagnahmten deutschen Schiffe an England abzutreten, was in bekanntlich der Zweck der ganzen Uebung war.

Von den 68 deutschen Handelsschiffen, welche die portugiesische Regierung nach ihrem Kriegseintritt geraubt hat, sind bereits 60 in den englischen Häfen eingelaufen, wo sie in den britischen Schiffahrtsdienst eingewickelt werden. Die portugiesische Regierung erhält dafür eine Jahresrente von sechs Millionen Franken und macht daher mit ihrem Raub vorläufig ein gutes Geschäft. Ob sie dafür freilich später nach dem Kriegsende nicht büßen wird, bleibt dahingestellt.

Die drei noch verbliebenen deutschen und die zwei österreichischen Schiffe behält die Lissaboner Regierung für den eigenen Gebrauch.

**Australien**

**Anderien.**

In Melbourne ist kürzlich ein Verein mit der Aufgabe gegründet worden, gute Kameradschaft unter solchen Männern zu unterhalten, die vor dem Raub auf Segelschiffen fahren oder gefahren haben. Nebenher sollen alle Segelschiffstraditionen gepflegt werden. Die Mitglieder bilden die Besatzung des Schiffes „Alte Seelente“ und nennen sich „Die Alten Seelente von Viktoria“. Alle Mitglieder sind unter der Seemannsordnung „angenuhrt“. Tatsächlich haben die Vereinsgründer beim Seemannsamt in Melbourne angemeldet, während sich die Annuhtung später eintretender Mitglieder vor dem „Schiffsführer“ vollzieht. Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Schiffsführer (Vorsteher), dem Ersten und Zweiten Steuerleuten (Stellvertretenden Vorstehern), dem Verwalter (Schiffsführer), Bootsmann (Kassensführer) und aus acht Besitzern. Alle übrigen Mitglieder sind Matrosen.

Die „Gantia“ bemerkt dazu: „Anfänge zu ähnlichen Gebilden sind vor langen Jahren auch bei uns gemacht worden. Dauern der Erfolg haben sie nicht gehabt. Leider, denn vieles aus dem Leben vor dem Raub auf Segelschiffen — Gefänge, Sprache, Gebräuche — ist in Gefahr, spurlos zu verschwinden.“

Wir bleiben dabei: es handelt sich um eine zünftlerische Karrekei.

**Holland.**

**England hat die holländischen Fischer auf die Antezingungen.**

Britische Willkür und Gewalt hatte allem Völkerecht und Seerechtsrecht zum Trost und Spott 130 bis 140 holländische Fischdampfer nach englischen Häfen aufgebracht, die Mannschaften interniert und einige der aufgetragenen holländischen Dampfer sogar für englische Kriegszwecke in der Nordsee verwendet. Inzwischen sind außerdem mehr als 20 holländische Fischerfahrzeuge aufgeleitet worden, deren Wieder oder Befreiungen von der englischen Regierung als verdächtig bezeichnet worden sind und die deshalb den Fang nicht mehr ausüben dürfen. Die englische Regierung fordert, daß die holländischen Fischer alle von ihnen gemachten Beobachtungen über deutsche Kriegsfahrzeuge oder Luftfahrzeuge dem nächsten englischen Kriegsschiff oder, wenn sie ein solches nicht antreffen, der Hafenbehörde des angulandenen englischen Hafens melden. Die Annuhtung der Besatzungen der holländischen Fischerfahrzeuge hat in englischen Häfen unter der Aufsicht eines holländischen Kommissars, der als Vertreter der „M. O. F.“ gilt, zu erfolgen. Die Fahrzeuge der auf den Schwarzen Listen stehenden Gesellschaften, die sich augenblicklich in englischen und französischen Häfen befinden, sollen bis Ende des Krieges festgehalten werden, während die Besatzungen in die Heimat zurückkehren können. Der Fang, der in den Häfen Hull, Aberdeen, Peterhead und Kirkwall abzuliefern ist, wird zur Hälfte von der englischen Regierung zu festgesetzten Höchstpreisen gekauft; 85 v. H. der anderen Hälfte erhält die holländische Regierung für die Gemeinden, der Rest, 15 v. H., kommt auf den freien Markt.

Im Zusammenhang damit, soll die holländische Regierung sich verpflichten, die ihr von der englischen Regierung bezehenen Personen aus Verlassen holländischer Häfen zu verhindern. Wie nunmehr feststeht, wurde von den Vertretern der holländischen Fischereivereinigung und der britischen Regierung ein Abkommen über die zukünftige Verteilung der von holländischen Fischern gefangenen Heringe unterzeichnet. Die in Schottland zurückgehaltenen Fischerfahrzeuge werden unter der Bedingung freigelassen, daß Deutschland nur 20 Prozent des ganzen Fanges der Saison erhält. Holland behält weitere 20 Prozent, und die restlichen 60 Prozent gehen an die Neutralen.

Die britische Regierung wird für jede Tonne holländischer Heringe, die nach neutralen Ländern verkauft wird, den niederländischen Fischern eine Prämie von 30 Schilling bezahlen. Die Heringe werden, wie früher, auf offenem Markt verkauft werden. Wenn dann Deutschland 40 Schilling pro Tonne bietet, so wird Amerika die Fische bekommen, da durch die Prämie von 30 Schilling der Preis für Heringe für Amerika auf 70 Schilling steigen wird. Wenn aber Deutschland 75 Schilling bietet und Amerika nur 40, so wird Deutschland die Fische bekommen, vorausgesetzt, daß es nicht schon 20 Prozent des ganzen Fanges hat. Es ist auch möglich, daß insolge der Prämie von 30 Schilling Deutschland nicht einmal die für ihn reservierten 20 Prozent erhält. Amerika wird wahrscheinlich den größten Teil der für neutrale Länder bestimmten 60 Prozent bekommen. Die Eigentümer der festgehaltenen holländischen Fischerfahrzeuge werden für den aus dem Abfliegen der Fische erwachsenen Verlust entschä-

digt werden, wobei als Grundlage die Einnahme einer mitteltägigen Saison errechnet werden soll. Ferner wird die britische Regierung die Schäden, welche die internierten Schiffe erlitten haben, bezahlen. Nach den Bestimmungen des Abkommens wird die 30 Schilling-Prämie in Form von englischer Kriegsanleihe den Besitzern gutgeschrieben werden.

Dieser Vertrag berechtigt die Briten zu dem Auf: Endlich mal ein Sieg! Gegen einen — kleinen, schwachen, ohnmächtigen — neutralen Staat.

**Erhöhung der Steuer in Holland gefordert.**

Der Allgemeine Holländische Seemanns-Verein hat an die Redereien aus Anlaß der Teuerung und der erhöhten Gefahren auf See die Forderung gerichtet, die Steuer aller Mannschaften unter Offiziersrang um zehn Gulden zu erhöhen.

**Die Genereitigkeiten bei der Maatschappij Zeeland beilegt.**

Nach einer Meldung aus Miffingen sind die Differenzen zwischen der Maatschappij Zeeland und ihren Mannschaften beigelegt.

**Centralisation.**

Der Allgemeine Niederländische Seemannsbund wird sich auflösen und sich der Föderation von Transportarbeiters“ anschließen. Mit dem Anschluß letztgenannter Organisation wird dessen Organ „De Niederländische Zeeman“ eingehen.

Es handelt sich hier um syndikalistische Organisationen, die in Zentralisationen machen.

**Japan.**

**Japanische Linien als Konkurrenten.**

Die Jotobamaer Handelskammer veröffentlicht Vorschläge zur Hebung der japanischen Schiffahrt. Diese Vorschläge enthalten regelmäßige Schiffsabfahrten nach Kottexdam und Genua, Ausdehnung der Routen nach Honolulu und St. Francisco und neue Schiffsabfahrten nach Brasilien und Argentinien, entweder um Kap Horn oder durch den Suezkanal. Der wöchentliche Verkehr nach Australien wird auf einen halbmonatigen eingeschränkt, doch wird dabei auch Neuseeland berücksichtigt werden. Weiter werden direkte Verbindungen mit Siam, Ceylon und Indochina verlangt. Auch sollen künftig die Schiffe der Nippon-Japanische Schiffahrtsgesellschaft vor der Ausreise anlaufen. Seitdem die Route um das Kap der guten Hoffnung statt durch den Suezkanal führt, laufen keine japanischen Schiffe mehr französische Häfen an. Das hat zur Folge, daß augenblicklich in Jotobama allein für 2½ Millionen Mark Waren liegen, die für Frankreich bestimmt, aber die wegen Mangel an Schiffsraum nicht verschifft werden können. — England wird also noch Freude an seinen gelben Bundesgenossen haben.



**Binnenschiffer.**

**Kampf dem Egoismus!**

„Jeder ist sich selbst der Nächste.“ Ein Dieblichsfluchwort, der sich selbst gewährte Generalpardon aller Egoisten; auch der in unfern Berufs-

kreisen. Wie tief der in der bürgerlichen Gesellschaft gepflegte Egoismus wurzelt, das kann man auch an so manchem Arbeiter sehen, der nach den Bedensarten handelt, die zur Einschuldigung resp. Verteidigung kapitalistischer Profitlust geführt werden. „Jeder ist sich selbst der Nächste“ — das ist eine dieser Bedensarten, die im schlimmsten Sinne gefärbt wird. Will sich einer Verpflichtungen entziehen, die eigentlich selbstverständlich sind, schnell ist er mit dieser Bedensart bei der Hand. Wird in ein Geschäft gemacht, im Gemeininteresse dies oder jenes zu unterlassen, kann man gewiß dieselbe Bedensart hören.

Wenn sie aber von einem Arbeiter im Munde geführt wird, ist das geradezu fimmlos. In diesem Falle fehlt jedes Nachdenken, wie sie auch die Unfaulheit, wenn nicht Schlimmeres verdecken soll. Soll sie im Munde eines Arbeiters bedeuten, daß er allein aus eigener Kraft am besten imstande sei, seine Lage zu verbessern, oder sich irgendeinen Vorteil zu verschaffen, bei dem er keine Rücksicht auf seine Arbeitsbrüder zu nehmen brauche, so ist das wohl die schlimmste Bedeutung, die dem Worte beigelegt wird. Und doch ist seine Anwendung in diesem Sinne nicht etwa vereinzelt. Sie ist das härteste Zeugnis für den Mangel an Gemeinsein, der die Grundlage für alles Fandeln im Interesse aller ist.

Ohne Gemeinsein ist für die Arbeiter nichts zu erreichen. So lange Gewerkschaften, überhaupt Arbeiterorganisationen bestehen, haben sie dem Arbeiter diese Grundlehre beizubringen gesucht. Damit sollen die falschen, den Arbeitern gefährlichen bürgerlichen Sprüche aus der Dentart der Arbeiter ausgemerzt werden. Denn sie sollen eben die Arbeiter verstehen, nach ihnen zu handeln. Tun sie das wirklich, dann werden sie auch nicht gegen die Folgen solcher Bedensarten ankämpfen und die bürgerliche Gesellschaft ist gerettet. Das Kapitalistentum hat die Kämpfe der Arbeiter nicht zu fürchten, wenn die Arbeiter in Befolgung dieser Bedensarten notwendig zur Bekämpfung unter sich kommen. Denn dazu muß es kommen, wenn der Egoismus über den Gemein-

sinn steigt. Die Profitmacher freilich brauchen die Bedensart: Jeder ist sich selbst der Nächste, als solche saloppe Einschuldigung dafür, wenn sie andere übervertreten wollen oder übers Dhr geschlagen haben. Aber gerade



die Arbeiter werden zuerst und am schwersten von dieser Heberverteilung betroffen. In der kapitalistischen Wirtschaft, wo die Ausbeutung die Grundform wirtschaftlicher Betätigung ist, gilt die genannte Redensart als ein kluges Wort. In der Tat wirtschaftet jeder Unternehmer, wie es ihm beliebt. Und wenn er dabei an gewisse Formen ausgedenkt ist, den Wettbewerb und anderes zu berücksichtigen hat, so ist doch sein Streben darauf gerichtet, mit allen Mitteln und Schlägen den größten Vorteil für sich herauszuschlagen, unbekümmert darum, wer darunter leidet; von der Ausschaltung des Gemeinfinns ist dabei erst gar nicht zu reden. Das ist so gang und gäbe in der bürgerlichen Wirtschaft, daß es gar nicht mehr auffällt, höchstens wenn die Sache so arg getrieben wird, wie jetzt während der Kriegszeit.

Gemeingefährlich ist diese Methode, weil sie die Armut auf der einen Seite, auf der anderen den Ueberfluß erzeugt. Gemeingefährlich, weil sie wirtschaftlicher Moral widerpricht und — wie wir sehen — so untergräbt, daß meistens die Bedenken gegen alle den Egoismus einschuldigen, haben, oberflächlichen und das Menschtum herabwürdigenden Redensarten schweigen. So weit ist es gekommen. Seltener, daß ihnen in bürgerlichen Kreisen widersprochen wird.

Die Arbeiter dagegen haben die Aufgabe, den Kampf gegen sie zu führen. Wie wir oben andeuteten, sind sie zur Hebung ihrer Lage zu einer Solidarität verpflichtet, die den Gemeinfinn zur Grundlage hat und mehrere egoistische Triebe nicht aufkommen läßt resp. sie bekämpft. Nicht nur materiell bringt ihnen diese Solidarität Hilfe, sondern auch moralisch werden sie durch sie über die bürgerliche Moral, richtigen Unmoral, weit hinaus gehoben. Gemeinnützige Grundzüge verdrängen die kapitalistisch-egoistische Unmoral, wenn sie von den Massen getragen, auf das gesamte soziale und wirtschaftliche Leben übertragen werden. Es ist zwar eine schwere Aufgabe, gegen den bürgerlichen, kapitalistischen Strom zu schwimmen, aber feste Grundzüge einer Moral, die den Egoismus wie er sich in der bezeichneten Redensart äußert, verurteilt und unterdrückt, werden den Strom tellen.

Wo aber Arbeiter noch solche Redensarten führen, muß ihnen ein ernstliches Kapitel darüber gelesen werden, wie sie sich selbst durch sie erniedrigen und sich mit ihr der kapitalistischen Ausbeutung ausliefern, nein, sie geradezu in ihrer eigenen Schande noch zur Weiterbetreibung ermächtigen. Gegenüber der Anforderung, sich gewerkschaftlich zu organisieren, angewandt, ist diese Redensart jedoch ein Verbrechen gegen sich selbst und gegen seine Arbeitsbrüder. Denn erst in der Organisation erwacht den Arbeitern die Macht, sich gegen Ausbeutung zu schützen. Jeder, der sich gegen die Organisation sträubt, ist sich nicht selbst der Mächtige, sondern sein eigener Feind und der seiner Arbeitskollegen.

Wenn erst dieser Gedanke in jedem Arbeiter festwurzelt wird, dann wird die höchste Machtentfaltung der Arbeiterorganisationen eintreten. Möge das bald geschehen.



Frankfurt a. M. Vorsicht bei Arbeitsangeboten nach auswärts. Es wird uns geschrieben: Wie die Not der Arbeiter während des Krieges von Seiten des Unternehmers ausgenützt wird, zeigt folgendes Vorkommnis:

Die städtische Arbeitsvermittlungsstelle Meerane vermittelte vor kurzer Zeit für die Firma Chemische Fabrik Griesheim — Gellhorn, Bert Dehler, Offenbach a. M. einige Arbeiter zum Tagelohn von 8 Mk. Hiervon sollten an Verlastung 75 Pf. in Abzug gebracht werden. Als jedoch die Arbeiter nach Offenbach kamen, mußten sie leider die Erfahrung machen, daß pro Tag nur 4 Mk. und 75 Pf. Kriegszulage, also insgesamt 4,75 Mk. pro Tag gezahlt werden. Fahrt- und Reisepesen wurden zugeföhrt. Wie erlarmte jedoch einer unserer Kollegen, als ihm am ersten Tagelohn für Fahrt und Zehrgeiß der ganze Betrag von 7,80 Mk. in Abzug gebracht wurde.

Vor uns liegt eine Lohnbude, die folgendermaßen vorzugeschnitten ist:

Lohn für 3/4 Tage	3 1/2 Stunden	15,50 Mk.
pro Tag 4 Mk.		3,00 "
Kriegszulage		18,50 Mk.
Abzüge an Krankengeld	— 60 Pf.	
Vorschuß	7,25 "	
Fahrtgeld und Zehrgeiß	7,80 "	15,65 "
bleibt auszusahlen		2,85 Mk.

Nun ist zu berücksichtigen, daß der betr. Kollege in Meerane verheiratet ist und vier Kinder zu ernähren hat. Der betreffende Kollege hat daraufhin die Arbeit eingestellt und die Angelegenheit dem Offenbacher Gewerbegericht zur Entscheidung unterbreitet. Auch erfolgte sofort die Benachrichtigung des Vorstehers des städtischen Arbeitsnachweises und um umgehende Befristung der Angaben unseres Kollegen. Die Entscheidung des Gewerbegerichts in dieser Angelegenheit bleibt abzuwarten. Ehrenvollerweise konnte dem betreffenden Kollegen sofort in Frankfurt a. M. Arbeit nachgewiesen werden.

Kollegen! Dieser Fall zeigt wieder, wie vorsichtig man bei auswärtigen Arbeitsangeboten sein muß, und sollten die Kollegen zunächst in jedem Fall bei ihrer zuständigen Organisation Erkundigung einziehen.

Holland. Mit dem 31. August d. J. beschließt der Niederländische Secheps- und Bootverleherbund sein Dasein. Die der sogenannten „unabhängigen“ syndikalistischen Richtung angehörende Organisation trägt damit dem modernen zentralistischen Organisationsgedanken Rechnung, indem sie sich in eine Zentralorganisation umwandelt. Vom 1. September ab nennt sie sich „Niederländische Federatie van Transportarbeiders“ und das bisherige Organ „De Havenarbeider“ wird umgetauft in „Het Transport bedrijf“. Später wird sich auch der „Algemene Niederländische Zeeemannsbond“ auflösen und sich der „Federatie van Transportarbeiders“ anschließen. Mit dem Anschluß letztgenannter Organisation wird auch dessen Organ „De Nederlandsche Zeeenaar“ eingehen.

Am 1. August hat der Vorsitzende des „Bonds van Maschinenisten-Stokers und Deckpersonal“, der Kamerad Kerthof, aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt. Seit dem Jahre 1907 bekleidet er den Posten des Vorsitzenden. Als Kerthof sein Amt übernahm, schwann der „Bonds van Maschinenisten, Stokers und Deckpersonal“ noch im syndikalistischen Fahrwasser. Seinem starken Willen und emsigen Fleiß gelang es schließlich, die Organisation in die moderne Richtung hinüberzuleiten. Den Kameraden Kerthof haben wir als einen tüchtigen und fleißigen Menschen kennen und schätzen gelernt. Wir wollen hoffen und wünschen, daß Kerthof den holländischen Kameraden noch manches Jahr seine Dienste — wenn auch nicht als Angestellter, sondern privat — widmen kann.

Norwegen. Am 2. April d. J. konnte der norwegische Hafen- und Transportarbeiterverband sein 20jähriges Bestehen feiern. Der Verband, der auf Anregung des Katarbeitervereins in Kristiania unter dem Namen „Landesorganisation der Katarbeiter“ gegründet wurde, zählte bei dieser Gelegenheit 1179 Mitglieder in 6 Sektionen. Der ersten großen Kampf, den der Verband zu bestehen hatte, war der Katarbeiterstreik in Kristiania 1899, der wegen Heranziehens von mehreren hundert englischen Streikbrechern von den Arbeitern verloren wurde. Der Verband konnte trotzdem eine von Jahr zu Jahr steigende Mitgliederzahl verzeichnen, als dann im Jahre 1903 einige Streitigkeiten wegen der Versicherungsfrage usw. entstanden. Bei dieser Gelegenheit traten mehrere Sektionen aus dem Verbandsverband. Diese kleine Schar hielt aber treu zusammen und im darauffolgenden Jahre war die Mitgliederzahl auf 805 in 9 Sektionen gestiegen. 1906 hatte der Verband 1350 Mitglieder und diese Anzahl behielt er bis 1912, wo eine neue Aufgangperiode einsetzte. 1899 meldete sich der Verband in der Internationalen Transportarbeiterföderation und 1907 trat er der norwegischen Landeszentrale bei. Der Verband hat zweimal den Namen gewechselt. 1899 erhielt er den Namen „Norwegischer Katarbeiterverband“, der aber 1901 gegen den jetzigen ausgetauscht wurde. Der Verband zählt jetzt 3500 Mitglieder in 44 Sektionen, die in allen Teilen des Landes stehen.

## Öffentliche und Mitglieder-Verfammlungen.

Berlin. Am 16. August tagte die örtliche Generalversammlung für den Bezirk Groß-Berlin. Unter der Entgegennahme des Berichts für das 2. Quartal erfolgte eine Ergänzungswahl für den auf dem Schlachtfelde gefallenen Kollegen B. Witt zum Verbandsvorsitzenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß im Laufe des Quartals 53 Mitglieder, deren Namen zur Verlesung kamen, verstorben sind. Ebenso hat der Weltkrieg seine Opfer unter unseren Kollegen gefordert. Das Andenken der Verstorbenen und Gefallenen wurde in der üblichen Weise geehrt. Das hierauf zur Verlesung gelangte Protokoll der letzten Generalversammlung wurde für richtig befunden.

Zum Bericht übergehend, der gedruckt vorlag, wird vom Bezirksleiter hervorgehoben, daß eine Reihe von Lohnbewegungen stattgefunden und Teuerungszulagen bewilligt worden sind. Forderungen wurden bei 197 Firmen mit 5917 Beteiligten eingereicht; erzielt wurde für insgesamt 4591 Beteiligte eine Lohnerhöhung von 16 726,10 Mk. pro Woche. Wenn diese Lohnaufbesserungen auch nicht mit der bestehenden Teuerung Schritt halten, so sind dieselben immerhin als gutes Resultat zu verzeichnen. Es ergibt sich daraus, daß durch Einigkeit der Kollegen auch etwas zu erzielen ist. Mittlerweile sind auch mit den Kohlenstoffhändlern erneute Verhandlungen zum Abschluß gekommen. Weitere Zugeständnisse sind gemacht worden, so daß die Arbeiter während des Krieges eine wöchentliche Zulage von 9 Mk., die Kautschuk eine solche von 10,50 Mk. bekommen. Weitere Verhandlungen schweben mit den Berliner Speditoren sowie einzelnen Branchen und Betrieben. Die Verwaltung wird alles daran setzen, um Erfolge zu erzielen.

Die agitatorische Tätigkeit wurde auch im 2. Quartal soweit wie möglich lebhaft betrieben. Es fanden Sitzungen, Versammlungen und Verhandlungen insgesamt 784 statt. Neuaufgenommene Mitglieder wurden 788 männliche und 254 weibliche, insgesamt 1042 gewonnen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 2. Quartals 16 251. Leider ist zu verzeichnen, daß von den Neuaufgenommenen immer wieder eine beträchtliche Zahl verloren gehen. Von 755 herausgegangenen Kaufzetteln hatten 252 Erfolge. Hieraus ist zu ersehen, daß durch rege Tätigkeit der Vertrauensleute ein großer Teil zumeist gehalten werden kann. Bei dieser Gelegenheit ist darauf hinzuweisen, daß die vom Seere entlassenen Kollegen sich unverzüglich im Bureau zurückmelden müssen. Dies trifft natürlich auch für diejenigen zu, die zeitweilig zur Arbeit entlassen werden. Es ist nicht angängig, die Zurückmeldung erst nach Monaten vorzunehmen; es muß dieses Säumen den Verlust der Mitgliedschaft nach sich ziehen.

Die Arbeitslosigkeit war im 2. Quartal etwas ungünstiger. Während am Schlusse des 1. Quartals die Zahl der Arbeitslosen 76 = 0,45 Proz. betrug, stieg dieselbe am Schlusse des 2. Quartals auf 95 = 0,6 Proz. der Mitgliedschaft. Inzwischen ist die Zahl der ohne Beschäftigung befindlichen erfreulicherweise auf 60 bis 65 herabgesunken.

Zu dem gegebenen Geschäftsbericht weist Klose darauf hin, daß in der Industrie die Löhne für Hilfsarbeiter teilweise von 44 bis 76 Pf. aufgebessert wurden, dies aber nur durch die Tätigkeit der Organisation und Einigkeit der Kollegen möglich war. Noch bessere Erfolge wären zu erzielen, wenn die gelernten Arbeiter in den Betrieben den Hilfsarbeitern mehr Solidarität entgegenbringen würden. Der Kassenbericht stellt sich wie folgt zusammen:

Kassenbericht für das 2. Quartal 1916.	
Einnahme:	
Kassenbestand am 1. 4. 1916:	46 440,92 Mk.
Bezirkskasse	26 591,90 "
Kassenbestand am 1. 4. 1916:	5 987,37 "
W-B.-S.-Fonds	666,00 "
Kassenbestand am 1. 4. 1916:	183,50 "
Postkastensfonds	17 457,60 "
666 Beiträge a 1 M. (I.—III. Kl.)	85 484,10 "
367 " a 50 Pf. (IV. Kl.)	825,00 "
21822 Wochenbeitr. I. Kl. a 80 Pf.	8 746,50 "
131514 " II. " a 65 "	1 239,30 "
1500 " III. " a 55 "	10,05 "
24990 " IV. " a 35 "	46,50 "
4131 " inv. mfl. a 30 Pf.	339,50 "
67 " wobl. a 15 "	72,00 "
186 " wobl. a 30 "	2,20 "
Kino-Abend-Arbeiter	306,00 "
a 25 Pf.	16,50 "
679 Baufondsmarken a 50 Pf.	3,80 "
288 " a 25 "	332,00 "
Duplikate 2 a 50 Pf., 6 a 20 Pf.	139,25 "
Weihnachtsunterstützungs-Marken:	368,74 "
612 a 50 Pf.	
66 a 25 "	
76 Nachzahlungen a 5 Pf.	15,90 "
Buchhüllen, Kalender usw.	16 000,00 "
Diverse Einnahmen	
Zinsen	
Beitrag zum Musikunterricht der Jugend-Abteilung	
Aufschub der Hauptkasse	
Postkastensfonds-Sammlungen (siehe Extraabrechnung)	
	5 073,50 "
Zusammen 216 348,13 Mk.	

Ausgabe:	
Örtliche Beerdigungsbeihilfe	860,50 Mk.
W.-B.-S.	158,00 "
Örtl. Streikunterstützung (Verhandl.)	15,00 "
Streikunterstützung	12,50 "
Rechtschutzunterstützung	9,00 "
Arbeitsnachweis	7 455,53 "
Bibliothek	1 774,65 "

## Fragen an die Gleichgültigen.

Wie lange wollt ihr geistig dämmern  
Und pendeln zwischen Ja und Nein?  
Wollt ihr an eurem Los nicht hämmern?  
Wollt ihr denn immer Amboß sein?

Wann wollt ihr mit dem Leben streiten?  
Ist euer Ziel der tote Punkt?  
Wollt ihr nicht mit den Brüdern streiten,  
Damit die Zukunft hell und funkt?

Wann wachsen euch die Adlerschwinge?  
Wann rüftet ihr zum Kampf und Sturm?  
Wollt ihr euch nie ein Recht erringen?  
Wollt ihr nur kriechen wie ein Wurm?

Wollt ihr denn von den Früchten zehren,  
Die der Verband im Kampf errafft?  
Bedenkt: arte könnt ihr das begehren,  
Was ihr nicht sät, was ihr nicht schafft?

Viktor Kalinowski.

## Kleiderversorgung der Binnenschiffer.

Die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin (Handelskammer) erluchen uns um die Wiebergabe folgender Mitteilungen:

Durch den neuingeführten Bezugsscheinwangs für Bekleidungsstücke wird die rechtzeitige Verorgung der Schifferbevölkerung mit den benötigten Gegenständen sehr erschwert. Denn die Bezugsscheine müssen von der zuständigen Behörde am Wohnort des Antragstellers ausgefertigt werden. Die Schiffer kommen aber bei Ausübung ihres Gewerbes oft monatelang nicht in ihren Wohnort. Die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin haben daher bei der Reichsbevollmächtigten den Antrag gestellt, die Ausfertigung der Kleiderbezugsscheine für Schiffer den zuständigen Behörden am jeweiligen Liegeplätze zu übertragen und zur Ermöglichung der Kontrolle über die verbrauchten Bekleidungsmengen die Bezugsscheine in einem Heft zu vereinigen, das der Schiffer jedesmal der auszufertigenden Behörde vorzulegen hätte.



Angestellte, Gehälter	28 210,—	Mt.
Hilfsarbeiter, Schüler	2 701,50	"
Beitragsbeiträge für Angestellte und Hilfsarbeiter	2 191,26	"
Einkassierer, Gehälter	18 035,50	"
Beitragsbeiträge	529,66	"
Wahrgeld und Porto	153,25	"
Wahlzettel, Procente	549,90	"
Zahlstellen- und sonstige Beitragsentlastung	35,30	"
Fernsprechgebühren	295,—	"
Bureau-Umschläge	229,55	"
Bureau-Miete, Heizung, Beleuchtung, Reinigung	2 654,56	"
Verwaltungsakten und Revisionen	237,—	"
Agitation und Versammlungen	1 466,59	"
Agitation u. Versamm. d. Jugend	471,15	"
Expedition und keine Ausgaben	29,70	"
Porto	179,88	"
Drucksachen inkl. Jahresberichte	2 071,90	"
Abonnements, Inzerate	182,19	"
Courier-Expedition	276,49	"
Kostfandsfondserhebungen (s. Extraabrechnung)	6 122,—	"
An die Hauptkassse abgeführt	80 867,90	"
<b>Zusammen</b>	<b>147 744,96</b>	<b>Mt.</b>
Kassenbestand am 1. 7. 1916	37 230,40	"
Kassenbestand am 1. 7. 1916 des W.-B.-Fonds	26 433,90	"
Kassenbestand am 1. 7. 1916 des Kostfandsfonds	4 938,87	"
<b>Zusammen</b>	<b>216 348,13</b>	<b>Mt.</b>

<b>W i l a u :</b>		
Bezirks-Kassenbestand am 1. 4. 1916	46 440,92	Mt.
am 1. 7. 1916	37 230,40	"
Wohrausgabe im 2. Quartal 1916	9 210,52	Mt.
W.-B.-Fonds-Kassenbestand am 1. 4. 1916	26 591,90	"
am 1. 7. 1916	26 433,90	"
Wohrausgabe im 2. Quartal 1916	158,—	Mt.
Kostfandsfonds-Kassenbestand am 1. 4. 1916	5 987,37	"
am 1. 7. 1916	4 938,87	"
Wohrausgabe im 2. Quartal 1916	1 048,50	Mt.
W.-B.-F.-Fonds-Abrechnung		
Kassenbestand am 1. 4. 1916	26 591,90	Mt.
Verdrängungs-Zuschuß:		
Für 8 Kollegen	119,—	Mt.
Für 2 Kinder	39,—	"
Kassenbestand am 1. 7. 1916	26 433,90	Mt.
Kostfandsfonds-Abrechnung		
Kassenbestand am 1. 4. 1916	5 987,37	Mt.
Einnahme im 2. Quartal 1916	5 073,50	"
<b>In Summa</b>	<b>11 060,87</b>	<b>Mt.</b>

<b>Ausgaben im 2. Quartal:</b>		
An Familienunterstützung	5154,—	Mt.
An Sterbefällen v. Wittg.	968,—	"
Kassenbestand am 1. 7. 1916	4 938,87	Mt.
Beitragsfreie Marken wurden vertrieben	2334	Stück
<b>Abrechnung mit der Hauptkassse:</b>		
50 Proz. der Beitrittsgebühren a 1 Mt.	333,—	Mt.
100 " " " " a 50 Pf.	183,50	"
75 " " " " a 75 Pf.	12 274,90	"
75 " " " " a 60 " "	59 181,30	"
75 " " " " a 50 " "	562,50	"
75 " " " " a 30 " "	5 622,75	"
75 " " " " inv. mnt.	619,65	"
75 " " " " wbl.	5,—	"
100 " " " " der Kinn-	46,50	"
Duplikate (Bücher und Karten)	2,20	"
Abfertigung zum Baufonds	411,50	"
Gaubeiträge a 10 Pf. für 16 251 Mitglieder	1 625,10	"
<b>Zusammen</b>	<b>80 867,90</b>	<b>Mt.</b>
Rest geblieben 1915 und 1. Quartal 1916	41 000,—	"
<b>Zusammen</b>	<b>121 867,90</b>	<b>Mt.</b>

Die Hauptkassse erhielt:

An Unterstützungs-Belegen:		
Für Arbeitslosenunterst.	4243,75	Mt.
Krankenunterstützung	7826,50	"
Kostfandsunterstützung	592,—	"
Beerdigungsbeiträge	7662,—	"
<b>Zusammen</b>	<b>20 324,25</b>	<b>"</b>
An bar direkt	30343,65	Mt.
Rest geblieben	55000,—	"
<b>Zusammen</b>	<b>85 543,65</b>	<b>"</b>
Zuschuß am die Oristkassse gegeben	16 000,—	"
<b>Zusammen</b>	<b>121 867,90</b>	<b>Mt.</b>

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Als Mitglied des Vorstandes wurde der Kollege Ernst Ansel gewählt. Hierauf erfolgte eine längere Diskussion über eine interne Angelegenheit. Nachdem der Bezirksleiter auf die Notwendigkeit der Einmütigkeit und Geschlossenheit innerhalb der Organisation hingewiesen hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Düsseldorf-Neuß. Generalversammlung vom 5. August 1916. Die Versammlung wurde gegen 9 Uhr durch den Vorsitzenden Kollegen Küpper eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte derselbe bekannt, daß im vergangenen Quartal wieder sechs Kollegen unserer Verwaltungsstelle auf dem Schlachtfeld ihr Leben lassen mußten: Joh. Sternberg, Wilh. Wetters, Heiner Triest, Fr. Laaf, Otto Schmitz und Joh. Bender. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen. Die Tagesordnung war folgende: Geschäfts-, Kassen- und Revisions-

bericht, Bericht der Kartellkonferenz und Verbandsangelegenheiten. Zu Punkt 1 nahm der Gauleiter Kloeßel an Stelle des erkrankten Geschäftsführers Krenkel das Wort. Im verflochtenen Quartal fanden 12 Versammlungen und 42 Sitzungen statt, davon sieben mit dem Gauvorsitz. Posteingänge waren an Briefen und Karten 1508, Drucksachen 12, Pakete 186, Devisen 3, Geldsendungen 18, Postausgänge waren an Briefen und Karten 7200, Drucksachen 188, Pakete 14, Devisen 6, Geldsendungen 9 zu verzeichnen. Schriftstücke für Mitglieder wurden 39 angefertigt. An der Bauarbeiterbewegung waren sechs unserer Kollegen beteiligt. Für die noch im Felde stehenden, sowie für Kriegsverletzte, soll durch Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft gesorgt werden. Ein Teil Unternehmer von Düsseldorf haben schon Zusagen gemacht, weitere Verhandlungen stehen noch bevor. In der hierüber stattgefundenen Diskussion befristet Hülsberg, daß den aus dem Felde zurückkehrenden Militärs inwieweit durch diese Arbeitsgemeinschaft die Renten gekürzt würden. Kollege Küpper glaubt, daß es am besten sei, besonders schwierig sei, Kriegsverletzte später zu beschäftigen. Kollege Tomson befürchtet, daß bei weiteren Lohnkämpfen sich unangenehme Dinge durch diese Arbeitsgemeinschaft entwickeln könnten, da vielleicht diese Kollegen als Kohndrücker in Frage kämen. Kloeßel erklärt nochmals, daß alles versucht werden müsse, um die Opfer des Weltkrieges zu unterstützen. Zum Kassenericht, der gedruckt vorliegt, wird bemerkt, daß trotz der 35 Neuaufnahmen der Mitgliederbestand von 520 auf 500 zurückgegangen ist. Die Gesamteinnahme betrug 6223,55 Mt., der eine Ausgabe von 4723,55 Mt. gegenübersteht. Kassenbestand 500 Mt. In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, unter der die Agitation jetzt betrieben werden muß, kann man mit dem Ergebnis zufrieden sein. Auf Antrag des Kollegen Tomson, der Bücher, Kasse und Belege in besserer Ordnung gefunden hat, wird dem Kassierer Kollegen Krenkel Entlastung erteilt. Zum Punkt 2, Kartellkonferenz, führt Gauleiter Kloeßel folgendes aus: Die Konferenz war von der Düsseldorf Agitationskommission einberufen. Einladungen waren an alle Kartelle, Genossenschaften und Behörden von Rheinland und Westfalen ergangen. Der Besuch war als ein guter zu verzeichnen. Die Generalkommandos Münster und Coblenz sowie die Stadt Düsseldorf hatten Vertreter entsandt. Genossenschaftssekretär Kroll (Essen) hielt einen Vortrag über Volksernährung im Kriege. Herr Kroll sowie mehrere Diskussionsredner wiesen an Hand von recht vielen Beispielen den Herren der Regierung, sowie den Vertretern der Generalkommandos und der Stadt nach, daß die Ernährung der arbeitenden Klasse gegenüber der begüterten Klasse recht viel zu wünschen übrig lasse. Die Vertreter der Militär- und Zivilbehörden, die sich sehr lebhaft an der Diskussion beteiligten hatten, versprochen, daß alles geschehen solle, um den weniger Vermittelten das Durchkommen zu erleichtern. Auch über die Referate Kriegsfürsorge und paritätischer Arbeitsnachweis wurde von allen anwesenden Korporationen eine gründliche Aussprache herbeigeführt. In der hierauf folgenden Aussprache über die stattgefundenen Konferenz erklärte Kollege Hülsberg, daß er sich recht wenig von dem Erfolg der Konferenz verspreche, denn es seien schon eine große Anzahl von Eingaben der einzelnen Kartelle und von den Genossenschaften an die Behörden gerichtet worden und der Erfolg sei bisher sehr mager ausgefallen. Der Kollege Küpper stimmt dem in vielen Punkten zu, ebenso noch einige andere Kollegen. Unser Verbandsangelegenheiten wurde der Schriftführerposten wieder an den vom Militär zurückgekommenen Kollegen August Seitzhümmel abzugeben.

Frankfurt a. M. Am Sonntag, den 6. August, fand unsere Generalversammlung für das 2. Quartal statt, die gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende den gefallenen und verstorbenen Kollegen einen warmen Nachruf. Erstmalig haben wir auf dem Schlachtfeld nur einen Kollegen verloren; dagegen hielt der Schmitzer Tod in der Heimat reiche Ernte. Fünf Kollegen sind gestorben. Gefallen ist Kollege Wilh. Hell. Gestorben sind die Kollegen Valentin Wemmel, Friedrich W. Weber, Arnold Fink, Mich. Halbach und Wilh. Reule. Den Geschäftsbereich erläuterte der Kollege Ziems. Aus demselben geht hervor, daß sich unsere Organisation auch im 2. Quartal gut entwickelt hat. An Neuaufnahmen sind 45 zu verzeichnen, denen jedoch 41 Abgänge, sämtlich zum Militär eingezogen, gegenüberstehen. Die im diesem Quartal entfallene Agitation hat nicht das Resultat gezeitigt, das man hieron hätte erwarten können. In den verschiedenen Branchen wurden Versammlungen abgehalten, deren Besuch zu wünschen übrig ließ. Auch Hausagitation wurde betrieben, die von Erfolg gekrönt war. Es betrifft dies das Trägerpersonal der „Frankfurter Nachrichten“. Mit dieser Firma wurde mündlich verhandelt über eine Zulage des Trägerlohnes um 2 Pf. pro Exemplar; die Verhandlungen hierüber wurden am 1. September fortgesetzt. Einheiten hatte diese Firma 58 Trägerinnen eine Prämie von 10 Mt. und 20 Trägerinnen eine solche von 5 Mt. gezahlt. Hoffen wir, daß bei der demnächstigen Verhandlung ein voller Erfolg erzielt wird. — Die Bureauarbeit war eine ausgiebige. An Eingängen waren zu verzeichnen 111 Briefe und Karten, 47 Pakete, 4 Drucksachen und 2 Geldsendungen. An Ausgängen stehen gegenüber 130 Briefe und Karten, 19 Drucksachen und 1012 Zeitungen; letztere ergeben unsere selbstgekauften Kollegen. An Versammlungen, Besprechungen und Sitzungen fanden 28 statt. Der Arbeitsnachweis floriert gut. Es mißfiel sich arbeitslos 61 Kollegen. Befristet wurden 67 Stellen, so daß wir nach anderen Verbänden überreifen wurden. Im Kassenericht weist Kollege Ziems darauf hin, daß einer Einnahme von 2666,60 Mt. eine Ausgabe

von 3366,25 Mt. gegenüberstehe, so daß ein Zuschuß von 699,65 Mt. aus der Hauptkassse erforderlich war. An Marken wurden verkauft: 379 a 80 Pf., 2553 a 65 Pf., 12 a 55 Pf., 1901 a 35 Pf., 3 a 75 Pf., 3 a 50 Pf. und 7 Binnenschildermarken. Kol. Ziems bittet die Kollegen, den Unterkassierern die Arbeit zu erleichtern und die Beiträge pünktlich zu entrichten. Der Kostfandsfonds schließt mit einem Kassenbestand von 306 Mt. ab. Verkauf wurden 53 a 50 Pf. und 245 a 25 Pf. An Unterstützungen aus diesem Fonds wurden 123 bezahlt, zumeist an Kriegserkrankten. Nachdem Kollege Ziems die Kollegen gebeten hatte, dem Kostfandsfonds seine Aufmerksamkeit mehr wie bisher zu schenken, schließt er seine Ausführungen.

In der Diskussion berichtet Kollege Dorn über die Verhandlungen mit den „Frankfurter Nachrichten“. Er weist darauf, daß von seiten des Direktors dieses Betriebes sehr wenig Entgegenkommen gezeigt wurde, hofft jedoch, daß bei nächster Verhandlung mehr erreicht würde. Wie Kollege Ziems bereits berichtete, seien ja an 78 Frauen keine Prämien gezahlt worden, was uns jedoch keineswegs befriedigt. Dies sei auch nur deshalb erfolgt, um uns für die nächsten Verhandlungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Nebenher macht dann noch einige Ausführungen zum Kassenericht. Kollege Lorey tritt für die Agitation unter den Glasreinigern ein. Er verwendet sich für die Frauen und verlangt, daß eine Verammlung stattfinden soll, die die Kollegen für eine Verammlungszulage in erster Linie soll. Kollege Ziems erwidert Kollege Lorey, daß der Versuch schon gemacht worden sei, eine Verammlung für die Kollegen Glasreiniger abzuhalten, daß das Resultat aber kein glänzendes gewesen wäre; jedoch stände nichts im Wege, dem Verlangen von Lorey zu entsprechen.

Für die Revisoren berichtet Kollege Guban. Monitas waren nicht zu verzeichnen. Er beantragt Entlastung. Dasselbe wird genehmigt. Bei der nun folgenden Ergänzungswahl zum Vorstand wird der Kollege Behrens gewählt.

Den Kartellbericht erstattet Kollege Otto. Er hebt hervor, daß sich das Kartell vorwiegend mit Fragen der Volksernährung und Lebensmittelerzeugung beschäftigt habe. So sei eine Kommission von 5 Vertretern beim Überbürgermeister vorstellig geworden, um diesen zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die zutage tretenden Mängel in der Lebensmittelversorgung abgestellt werden. Weiter geht Nebenher auf die einzelnen Verhandlungsgängen näher ein. Eine Diskussion wird nicht beliebt.

Im Berichtenden gibt Kollege Sieler, der zuletzt auf Urlaub sich hier aufhält, seiner Freude Ausdruck, daß die Kollegen trotz der Schwere der Zeit zu ihrer Organisation hätten. Er vergleicht das Leben der Kollegen in der Heimat mit dem der Kollegen im Schützengraben, und ermahnt die Kollegen, ihre Wünsche dem Verbands gegenüber nicht zu vergessen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten Erlebteigung gefunden hatten, erfolgte Schluß der hier anregend verlaufenen Versammlung.

Köln a. Rh. Unsere Generalversammlung erstreckte sich eines guten Wehens. Die Tagesordnung umfachte außer der geschäftlichen Berichterstattung einen Vortrag über „Die Vorteile der Volksernährung“ für die Arbeiter, gehalten durch Genossen Kirchmann. Der Vorredner gab zunächst bekannt, daß auf dem Felde der Ehre der Chausseur Dämmerich und in der Heimat die Kollegen Adam Wils, Hofenarbeiter, Johann Wollers, Führmann, Georg Wedel, Hofenarbeiter, und durch den Tod entfallen wurden. Das Andenken wird in der üblichen Weise geehrt. Genosse Kirchmann ermahnt für seine lehrreichen Ausführungen verdienten Beifall. Die Versammlungsteilnehmer übermittelten fast ausnahmslos ihre Adressen der Geschäftsstelle der „Volksernährung“, um nähere Fühlung mit dieser Einrichtung zu nehmen.

Den Geschäftsbericht gab der Kollege Kloeßel. Bel 49 Aufnahmen im 2. Quartal sank die Mitgliederzahl um 20 männliche, stieg dagegen um 10 weibliche, so daß ein Verlust von 10 Mitgliedern gegenüber dem Vorquartal zu beklagen ist. Der Markennachschub ist stabil geblieben. Die Ausrichtungen für das kommende Quartal seien etwas günstiger, bis zur Tagung der Generalversammlung seien 20 Aufnahmen zu verzeichnen. Das Einkassieren der Beiträge mußte in einzelnen Bezirken weiblichen Mitgliedern übertragen werden und sind die Erfahrungen nur günstige zu nennen. Arbeitslosigkeit ist nicht zu registrieren. Feuerungsanlagen wurden in drei Betrieben erteilt. Die Sektion Straßenbahner beschäftigte sich in mehreren Sitzungen gemeinsam mit dem Vorstand der Staats- und Gemeindearbeiter mit der Neuordnung der Gehälter und der Anstellungsbedingungen ab 1. April 1917.

Die Möbelmacher und Transportkourer stellten Anträge auf weitere Feuerungsanlagen. Die Organisationsleitung wird den Wünschen gerecht zu werden versuchen. Ueber einen Teil der Trägerinnen der „Rheinischen Zeitung“ wird lebhaft Klage geführt, weil diese ihre Pflichten der Organisation gegenüber sehr mangelhaft erfüllen; in einigen Vororten dagegen ist das Verhalten aller Trägerinnen milderhaft.

Kleinere Differenzen waren zu schlichten bei dem Actioffizier der Stadt und bei den Markthalenarbeitern. Die Organisation hat sich in den städtischen Betrieben gut entwickelt. Unsere Bemühungen, eine Arbeitsgemeinschaft für Kriegsteilnehmer aus unserem Gewerbe zu schaffen, geht der Vertiefung entgegen. Daß ein so großes Werk nicht in einigen Tagen geschaffen werden kann, ist wohl erklärlich. Am 24. April d. J. verbanden wir von Düsseldorf aus eine Vorlage nebst Begleitschreiben an diejenigen Firmen und Arbeitgeberverbände, mit denen wir im Tarifverhältnis stehen. Allgemein fanden unsere Vorläufige Entgegenkommen. Am 25. Mai fand die erste Aussprache zwischen dem Vorstand der Kölner Arbeitervereinigungen und unseren Vertretern statt. Zu Anluß dran nahm unser

